

Werkstatt

**„Kindertagesstätten und Grundschulen
in sozialen Brennpunkten“**

15./16. Mai 2001 in Kassel

Stiftung SPI

Im Auftrag des:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13 347 Berlin
Telefon 030. 457 989 – 0
Telefax 030. 457 986 – 50
Internet: <http://www.eundc.de>
Email: regiestelle@eundc.de

Layout:
monteVideo Mediadesign

Inhalt:

- 4 Dr. Wolfgang Mack,
Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Andreas Hemme, Stiftung SPI; Regiestelle E&C
Vorwort
- 5 Kornelia Schneider
Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Kindertagesstätten als „Orte für Kinder“
- 11 Dr. Andreas Schulz, Freie Universität Berlin
**Schule im Brennpunkt – Was können Schulen
beitragen gegen soziale Segregation?**
- 19 Heino Mönnich, Sprachberatungsstelle;
Bezirksamt Berlin Reinickendorf
**Gesundheits- und Sprachförderung für Kin-
der in schwierigen Lebenslagen**
- 22 Celina Burn und Virginia Burton, London
**Sure Start – Erste Erfahrungen mit einem briti-
schen Programm zur Förderung von Kindern
und Familien in sozialen Brennpunkten**
- Virginia Burton, London
**Kampf gegen soziale Ausgrenzung und
Armut von Familien in Großbritannien**
- 28 Celina Burn, London
**Sure Start – Die Lage für Kinder und Familien
ändern!**
- 32 **Tagungsprogramm**
- 34 **Referenten/innen**
- 35 **Teilnehmer/innen- Liste**

Vorwort

Durch das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ ein Partnerprogramm zur Seite gestellt, das auf die Jugendhilfe fokussiert. Ziel ist es, nachhaltig der Chancenungleichheit entgegen zu wirken unter denen Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen aufzuwachsen haben.

Die Verbesserung der Situation in sogenannten sozialen Brennpunkten kann nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft und aufeinander bezogen werden. Planungen in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung müssen koordiniert werden. Vorhandene Ressourcen in den ausgewählten Gebieten müssen sinnvoll genutzt und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden. Erst eine ganzheitliche Sicht der Problemlagen führt zu einem integrierten Konzept für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten.

Schule und Kindertagesstätten sind wichtige Kooperationspartner für die Jugendhilfe. Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen sind Bildungspartner und müssen sich auf einander beziehen und miteinander kooperieren. Chancenungleichheiten in benachteiligten Stadtteilen machen sich insbesondere in den Übergängen „Kindertagesstätten – Grundschulen“ und „Schule – Beruf / Ausbildung“ deutlich.

Mit diesem Fachforum / Expertengespräch möchten wir insbesondere sinnvolle Vernetzungsformen zwischen Kindertagesstätte und Grundschule darstellen. Die Veranstaltung gilt als Basis einer E&C-Initiative, die das Thema Bildung in den Fokus nimmt und weitere Konferenzen plant.

Der Schwerpunkt dieser Veranstaltung liegt im inhaltlichen Austausch zwischen Leiter/innen aus Kindertagesstätten und Grundschulen. Dokumentiert werden im Folgenden die Einstiegsreferate, die einerseits einen Überblick über die Gestaltungsmöglichkeiten beider Partner für eine auf Chancengleichheit angelegte Kooperation aufzeigen, andererseits auch exemplarisch am Beispiel der zunehmenden Sprachentwicklungsstörungen die Zusammenhänge zwischen dramatischen Entwicklungen in psychosomatischen Krankheitsfeldern und dem Aufwachsen in „sozialen Brennpunkten“ aufweisen.

Ergänzt werden diese Beiträge durch die Darstellungen zweier Expertinnen aus London, die die ersten Erfahrungen eines Programms aus Großbritannien zur Förderung von Kindern und Familien („Sure Start“) in sozialen Brennpunkten vorstellen.

Wir danken allen Teilnehmer/innen für ihre intensive Beteiligung an den Diskussionen und allen Referenten/innen für Ihre Beiträge und die Mithilfe an der Erstellung der Dokumentation.

Kindertagesstätten als „Orte für Kinder“

Es geht für mich bei diesem Thema grundsätzlich um zwei Fragen:

1. Was brauchen Kinder in benachteiligten Lebenslagen? Was können Kindertagesstätten bieten? Welche Bedingungen brauchen KiTas, um die Situation dieser Kinder zu verbessern oder zumindest angemessen auf sie reagieren zu können?
2. Was brauchen Eltern in benachteiligten und belasteten Lebenslagen und was wünschen sie sich von der KiTa? Was kann ihnen die KiTa bieten, was sie woanders sonst nicht (leicht) finden? Was verbindet Eltern mit der KiTa? (KiTas als Orte für Eltern, ohne den Kindern Raum zu nehmen)

Ziel dieser Tagung ist es, gute Praxisansätze kennenzulernen sowie Vorschläge und Kriterien für die Arbeit mit Kindern (und Jugendlichen) in „sozialen Brennpunkten“ zu entwickeln. (Ich spreche lieber von Regionen, in denen gehäuft Familien mit Belastungen und sozialer Benachteiligung leben. Denn „Brennpunkt“ erinnert mich an den Blick der besser Gestellten mit einer Lupe auf die Benachteiligten, bei dem die Brennglasfunktion der Lupe vergessen wird.)

Im Projekt „Orte für Kinder“ waren solche Beispiele guter Praxis vertreten. Insgesamt waren 13 Einrichtungen und eine Planungsregion beteiligt: ein Kindergarten, sechs KiTas mit zwei bis drei der traditionellen Altersgruppen Krippe, Kindergarten, Hort und eine KiTa mit altersgemischten Gruppen (0-12), zwei Elterninitiativen, ein Mütterzentrum mit regelmäßiger Kinderbetreuung, ein Familienselbsthilfe-Angebot, ein spezifisches Angebot „Betreuungsläden für besonderen Bedarf“. Ich greife hier vor allem auf zwei Standorte zurück: Emden und Bremen-Lüssum, zwei KiTas für Kinder im Kindergarten- und Schulalter. Ein kurzer

Überblick über die Rahmenbedingungen beider KiTas:

Im Projekt „Orte für Kinder“ war das Hauptziel, ein wohnortnahes bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen und Strukturen, die der Umsetzung dieses Ziels im Weg standen, so weit wie möglich zu lockern bzw. wenn möglich abzuschaffen oder zu erweitern.

Die zentralen Arbeitsschwerpunkte im Projekt „Orte für Kinder“. Ziel: Regionale Vielfalt

Neue Organisationsformen von Einrichtungen für Kinder

in der Altersgruppierung

- verschiedene Möglichkeiten der Alterskombination

in der Angebotsgestaltung

- Verknüpfung mit Familienselbsthilfe
- variable Betreuungszeiten
- Kombination mit offenen Angeboten der Kinderkultur

Erweiterung von pädagogischen

Konzeptionen

- gruppenübergreifende Angebote und offene Arbeit
- verschiedene Möglichkeiten der Gruppenbildung

Öffnung von Institutionen für Belange von Familien

- für Kontakt- und Kommunikationsbedürfnisse
- für Angebote der praktischen Versorgung im Alltag
- für selbstgewählte Tätigkeiten

Planung einer Infrastruktur für Kindertageseinrichtungen

- Kooperation und Vernetzung (im Stadtteil, in der Region)
- Kooperation von Jugendhilfe und Wirtschaft

Das bedeutete:

1. eine Bedarfsanalyse vorzunehmen
2. Angebotsstrukturen in der KiTa zu verän-

Bremen-Lüssum	Emden
<p>Ausgangslage: Träger: evang. Kirchengemeinde Ganztagsangebot Integrationseinrichtung 4 Kindergartengruppen à 18 Kinder insgesamt: 72 Kinder</p>	<p>Ausgangslage: Träger: Kommune/Jugendamt Ganztagsangebot 4 Kindergartengruppen à 18 Kinder 2 Hortgruppen à 15 Kinder Insgesamt: 102 Kinder</p>
<p>während der Projektzeit: Erweiterung um 1 Horthaus für 60 Kinder = insgesamt: 132 Kinder</p>	<p>während der Projektzeit: Einführung von Integrationsgruppen Aufnahme von Zweijährigen Verstärkung des Hortplatzangebots</p>

- dern, die nicht zum Bedarf passten (betr. Pädagogik und Rahmenbedingungen, also Platzangebot und Organisationsstrukturen)
3. Voraussetzung dafür ist, die Angebotsstrukturen der Jugendhilfe zu verändern (betr. Bezuschussungsregeln, Aufteilung und Kooperation verschiedener Ressorts, Bedarfsermittlungen)
 4. Abstimmung verschiedener Angebote auf regionaler Ebene, Kooperation und Vernetzung in der Gemeinde, im Stadtteil, in der Stadt oder der Region

In Regionen, in denen viele belastete und benachteiligte Familien leben, bedarf es besonderer Überlegungen und Beteiligungsformen, um den Bedarf zu ermitteln und zu decken – vorausgesetzt, dass das überhaupt gewollt ist.

Es führt nicht weit, Eltern anzusprechen und zu befragen – von Fragebögen ganz abgesehen. Die Eltern scheuen sich, viel Informationen zu geben, da sie aufgrund ihrer Erfahrungen oder Ängste davon ausgehen, dass sie eher Kontrolle als Unterstützung zu erwarten haben. Selbst wenn offizielle Stellen dazu da sind, Beratungs- und Unterstützungsleistungen zu gewähren wie die Sozialen Dienste, sind die Eltern misstrauisch, und das zu Recht, denn beim Sozialamt z.B. ist Unterstützung immer mit Kontrolle gekoppelt, ob sie betrügen, ob sie die Kinder vernachlässigen o.ä.. Auch wenn ein gutes Vertrauensverhältnis zur KiTa besteht, ist Eltern nicht klarzumachen, was der Unterschied zwischen Sozialamt und Sozialem Dienst ist. Für sie sind beides unliebsame Behörden. KiTas sind wichtige Mittler ohne Amtsgeruch.

Wenn man als Außenstehende mehr über die Lebenssituation erfahren will, ist es notwendig, Angebote zu machen, die ihrer Lage entgegenkommen. Das ist an beiden Standorten geschehen.

Emden

In Emden ging es zunächst einmal darum, überhaupt mehr Kinder aus der unmittelbaren Nachbarschaft der KiTa aufzunehmen, die als „Sozialer Brennpunkt“ galt. Diese Kinder bekamen selten einen Platz, weil die KiTa in Emden und einem weiteren Umfeld von 30 km die einzige ist, die Ganztagsplätze bietet, so dass die Nachfrage die Unterbringungsmöglichkeiten übersteigt. Und da es bei knappem Angebot üblich ist, Dringlichkeitskriterien für die Aufnahme aufzustellen, fielen Kinder heraus, deren Mütter Sozialhilfeempfängerinnen und zu Hause waren. Von Seiten der Stadt wurde kein Bedarf anerkannt.

Das Besondere an der Einrichtung in Emden

war, dass es neben dem KiTa-Gelände ein Brachgelände gab, das von der Stadt nicht zur Bebauung freigegeben, sondern als Spielparkgelände (mit Hilfe von ABM-Kräften) umgebaut wurde. Hier gab es eine gute Kooperation zwischen der Abteilung Jugendförderung des Jugendamts und der Grünplanung der Stadt. Die KiTa hat das Projekt „Orte Für Kinder“ genutzt, um Kapazitäten für offene Angebote auf dem Spielparkgelände für Kinder aus der KiTa und aus dem Stadtteil freizustellen. Und das hat dazu geführt, dass allmählich mehr und mehr vertrauensvolle Kontakte zwischen den StadtteilbewohnerInnen und der KiTa entstanden.

Es kamen nicht nur Kinder, sondern auch Jugendliche und z.T. Mütter, Väter und Großmütter, als klar war, dass dort etwas passiert. Die Kinder haben sich begeistert auf das Angebot gestürzt, das sich im Rahmen von Abenteuerspielplatz und Festen bewegte. Erwachsene und Jugendliche kamen vorbei, um zu sehen, was sich da tut oder auch, wo ihre Kinder bleiben. Und das Entscheidende war hier, dass Gespräche möglich wurden, die nicht geplant waren, sondern sich aus dem Miteinander ergaben. Nicht so sehr die „Pädagogik“, sondern die Gelegenheit zu Kontakt durch die Anwesenheit von Ansprechpartnern, die im Prinzip etwas zu tun hatten, aber doch genug Muße, um nebenbei zu reden, hat den Austausch ermöglicht. Und so erfuhren die ErzieherInnen der KiTa eben auch nebenbei eine Menge, was sie sonst nie erfahren hätten, weil es nichts ist, was von außen sichtbar ist.

Kinder berichteten z.B., dass sie tagsüber nicht in die Wohnung können, weil die Mutter morgens, wenn sie sie rausgeschickt hat, die Klingel abstellt (es gibt 3- und 4-stöckige Häuser), weil sie schon genug hat mit ihrem jüngsten Kind, das noch im Babyalter ist. Das bedeutet, dass ein Kind manchmal bis abends warten muß, bis es etwas zu essen bekommt. Spricht man mit den Müttern, sagen alle, dass sie selbstverständlich mittags kochen, denn sie sind bemüht darzustellen, dass sie eine gute Mutter sind – und dazu gehört eben mittags zu kochen –, da sie immer befürchten müssen, dass sie ihre Kinder weggenommen bekommen.

Meine Erfahrung ist, dass sich viele PädagogInnen, wenn sie dieses Beispiel hören, über die Mütter empören.

Mein Ausgangspunkt sind die Bedürfnisse der Kinder (– nicht Ansprüche der Gesellschaft an Eltern und nicht die Erziehung von Erwachsenen):

Wenn es uns wirklich um die Belange der Kinder geht, dann ist es völlig müßig, besseres Verhalten und bessere Moral bei den Eltern einzufordern. Dann sollten wir nach Möglichkeiten

suchen, die Kinder zu unterstützen, noch besser natürlich, auch Eltern zu entlasten. Wir lassen Kinder aus belasteten Familien fallen, wenn wir sie weiter einfach als Privatsache der Familien betrachten. Im KJHG wird ihnen schließlich auch ein eigenes Recht auf Wohlergehen und Unterstützung zugestanden.

Die Emdener ErzieherInnen haben über ihre ersten Angebote im Spielparkgelände nicht nur Kinder erreicht, sondern auch die Kommunikation mit den Bewohnern in Gang gesetzt. Bei einem früheren Versuch, Eltern nach ihren Bedürfnissen an Unterstützung bei der Betreuung der Kinder zu fragen, kamen sie nicht weit, denn die Mütter hielten sich bedeckt.

Aus den neuen Kontakten aufgrund der offenen Angebote draußen entstand dann eine gemeinsame Initiative von KiTa-MitarbeiterInnen und AnwohnerInnen, zusammen zu überlegen, was auf dem Spielparkgelände noch eingerichtet werden könnte, damit auch Jugendliche und Erwachsene dort einen sinnvollen Aufenthalts- und Aktionsort haben. In der Phase, die ich als wissenschaftliche Begleitung im Projekt „Orte für Kinder“ in Emden noch mitbekommen habe, wurde dann von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern gemeinsam ein Grillplatz eingerichtet.

Später konnte die KiTa im Jugendamt durchsetzen, dass zusätzlich zum KiTa-Personal dauerhaft ein Sozialarbeiter eingestellt ist, der nachmittags, abends und an Wochenenden für Kinder und Jugendliche des Stadtteils draußen im Spielparkgelände und in der Einrichtung selbst einen offenen Treffpunkt und Aktivitätsmöglichkeiten bietet (=> offene Arbeit).

Eine weitere Idee, die viele Probleme der Kinder gelöst hätte, konnte nicht verwirklicht werden, weil die Stadt sie nicht aufgreifen wollte: die Einrichtung eines kleinen Übernachtungshauses neben der KiTa für Kinder in Not (ein Beispiel das aus Hamburg, St. Pauli Süd bekannt war).

Und eine andere Idee, die mich immer fasziniert hat, möchte ich hier auch noch erwähnen, weil sie so einfach zu verwirklichen wäre, wenn die verantwortlichen Stellen nur einmal den gewohnten Rahmen verließen. Da es für Mütter mit vielen Kindern eine Katastrophe ist, wenn die Waschmaschine kaputt geht – ein typischer Auslöser für die Zuspitzung von Problemen, deren Folgen dann auch auf den Kindern lasten, wie die ErzieherInnen häufig erlebt hatten –, kam ein Erzieher auf den Gedanken, dass es doch am besten wäre, wenn es in der KiTa oder bei der KiTa einen Waschsalon gäbe, der den Müttern einen Ausweg aus ihrer Misere böte, gleichzeitig die Möglichkeit, mit Kindern zu waschen, und der zugleich Treffpunkt und Anlaufstelle für Gesprächskontakte wäre. (Im Hort in

Bremen-Lüssum gehörte es dazu, dass die Waschmaschine auch von Kindern und Eltern genutzt werden konnte.)

Bremen-Lüssum

In Bremen-Lüssum war die Ausgangssituation anders und so sah der Weg etwas anders aus. Der Träger vertrat – im Gegensatz zu Emden – bereits das Anliegen, das Angebot unmittelbar auf die Probleme der StadtteilbewohnerInnen einzustellen. Die Kindertagesstätte der Evangelischen Kirchengemeinde stand in einem engen Verbund mit dem Gemeindezentrum, das sich zum Ziel gesetzt hatte, Anlaufstelle für Fragen des Alltags zu sein und die soziale Verantwortung untereinander zu stärken, unabhängig davon, ob die StadtteilbewohnerInnen christlichen Glaubens sind oder nicht. Als Symbol dafür wurde keine traditionelle Kirche mit Kirchturm gebaut, sondern ein großer Gemeindesaal, der sowohl als Kirchenraum als auch als Versamlungs- und Veranstaltungsraum dient. Die Idee war ein Gemeindezentrum mit multifunktionalem „Marktplatz“. Der Kirchturm wurde „umgelegt“ und beherbergt die KiTa.

Die KiTa dient nicht nur der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder, sondern gilt auch als sozialer Treffpunkt in der Gemeinde, der für Familien geöffnet ist.

Darüber hinaus hat sich die Kirchengemeinde mit verschiedenen anderen Institutionen, Vereinen und Initiativen sowie engagierten Privatpersonen aus dem Stadtteil zusammengetan und das „Haus der Zukunft e.V.“ gegründet, das die Verwirklichung eines modernen sozialen Dienstleistungszentrums im Blick hat.

Kurz-Information zum Stadtteil:

Im Stadtteil gibt es 1.100 Wohneinheiten des Sozialen Wohnungsbaus, z.T. 8- bis 14-stöckige Hochhäuser. In den 70er Jahren wurde er offiziell ausgewiesen als „Sozialer Brennpunkt“.

- viele Familien ausländischer Herkunft, auch Aussiedlerfamilien
- 25 % alleinerziehende Mütter
- 85 % zahlen den niedrigsten Beitrag in der KiTa
- Gewaltprobleme
- viele Kinder mit Entwicklungsproblemen, viele behinderte Kinder

Die KiTa hat den Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ernst genommen und überlegt, wie sie ihre Arbeit gestalten muss, wenn sie sich wirklich an den Lebenssituationen und Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientiert. Ihre ersten Ansätze

waren:

- Öffnung der KiTa zum Stadtteil
- neue Wege in der Zusammenarbeit mit Eltern
- neue Wege in der Zusammenarbeit mit Sozialen Diensten im Stadtteil
- Ganztagsangebot mit „Rundumverpflegung“.

Die zusätzlichen Kapazitäten für Projektarbeit wurden dazu genutzt, eine Diplompädagogin einzustellen, die sich speziell um die Bildung sozialer Netzwerke für Eltern kümmern sollte.

Im Flur wurden neben jeder Gruppenraumtür Kaffeetischen eingerichtet, wo sich Eltern treffen, um sich miteinander auszutauschen. Denn eins der größten Probleme im Stadtteil war die soziale Isolation der Familien und Mütter. Zu bestimmten Zeiten ist jeweils eine Erzieherin mit dabei. Diese Treffen waren Anlass für die Anregung, Selbsthilfegruppen zu organisieren, in denen Mütter sich mit anderen zusammenschließen, die gleiche Interessen haben – egal ob Stricken, Klönen, Deutsch Lernen. So entstanden „Orte für Mütter“, die allmählich in Eigenregie der Mütter übergingen und von den Müttern selbst „Aktivgruppen“ genannt wurden. Die KiTa und die Gemeinde stellten Räume und Materialien zur Verfügung. Aus diesen Gruppen entstanden viele verschiedene Kontakte von Müttern untereinander, so dass als nächstes Ziel angestrebt werden konnte, Eltern auch als Lobby für die Belange ihrer Kinder zu aktivieren.

Da es bereits Vertrauen in die KiTa und Kontakte von Eltern untereinander gab, konnte auch die Elternbefragung, die wir im Projekt durchgeführt haben, als aktivierender Weg genutzt werden, Initiativen in Gang zu setzen, die sich der Verbesserung der Spielsituation für Kinder im Stadtteil widmete. Verschiedene Personen aus der KiTa und aus anderen Einrichtungen oder Angeboten für Kinder im Stadtteil setzten sich mit Eltern zusammen, um zu klären, welche Spielorte den Kindern überhaupt zur Verfügung stehen und was aus eigener Kraft durch Zusammenlegen von Ressourcen verbessert werden könnte.

Was beiden Einrichtungen gemeinsam ist

Am Anfang standen das Interesse und das Engagement, die Probleme der Kinder wahrzunehmen und nach Möglichkeiten zu suchen, sie zu mildern.

Voraussetzung für angemessene Unterstützungsmöglichkeiten ist eine möglichst genaue Kenntnis der persönlichen Lebenslage und deren Hintergrund. In beiden Einrichtungen

wurde aufgrund des bisherigen Wissens über Problemlagen eine Angebotsform gewählt, die den Bedürfnissen der Betroffenen entgegenkam und Vertrauen schuf, so dass auf diese Weise ein Einstieg zur Erforschung des Alltags geschaffen wurde, der mit traditionellen Mitteln der Sozialforschung überhaupt nicht erreichbar ist.

In beiden Einrichtungen ging es um die Erfahrung für Eltern, dass sich die KiTa als Lobby für Kinder einsetzt, ohne Eltern zum „Schwarzen Peter“ zu machen. Zentral war bei beiden:

- die Aktivierung von Selbsthilfe über die Initiative von der KiTa aus
- aktivierende Wege der Elternbefragung durch Treffen zum Erfahrungsaustausch
- Verbesserung des Freizeitangebots und der Spiel-Orte im Umfeld
- direkte Unterstützung in Einzelfällen: z.B. Begleitung bei Behördengängen, Organisation von Betreuungshilfen für Familien mit behinderten Kindern, Hilfen beim Wiedereinstieg in den Beruf, Herstellen von Kontakten und Austausch unter den Eltern (bes. Müttern), Orientierungshilfen bei der Bewältigung des Alltags.

In beiden Einrichtungen wurde schnell klar, dass es unbedingt eine

- Angebotserweiterung für Kinder unter drei Jahren geben muss.

In Emden drückte es die Leiterin sehr plastisch aus: „Zwischen Kinderwagen und Kindergarten gibt es eine fatale Lücke. Da sind die Kinder bereits auf der Straße. Damit wird wertvolle Zeit vertan.“

Probleme heute

KiTsas mit Kindern aus stark belasteten und sozial benachteiligten Familien¹ machen in der letzten Zeit die Erfahrung, dass die Benachteiligung immer krasser, die Spaltung der Gesellschaft immer schlimmer wird. Immer mehr Eltern sind von Ausgrenzung betroffen, immer mehr zahlen den niedrigsten Beitragssatz. Kinder in der Großstadt können sich nur im engen Umfeld der Wohnung bewegen, da sie kein Geld haben für den Bus oder andere öffentliche Verkehrsmittel. Immer mehr Kinder sind nur mangelhaft versorgt und haben Hunger, immer mehr Kinder sind nicht schulreif mit Erreichen des Schuleintrittsalters, immer mehr Kinder scheitern in der Schule, weil es dort immer weniger Unterstützung gibt – trotz „verlässlicher Grundschule“ wie in Niedersachsen, die schlecht ausgestattet ist und keine Ferienbetreuung bietet. Diese Probleme sind nicht in erster Linie durch Geld-Transferleistungen zu

¹ Das gilt für die genannten beiden KiTsas, bei denen ich mich erkundigt habe, aber auch für andere, von deren Bedingungen ich z.B. auf der Tagung der BZgA zur „Gesundheitsförderung im Kindergarten“ am 14./15.6.2000 in Bad Honnef gehört habe.

lösen, denn den Familien mehr Geld zu geben, heißt nicht unbedingt, dass es für die Unterstützung von Kindern verwandt wird. In Emden ist es z.B. so, dass Eltern, wenn sie mehr Kindergeld bekommen, aus der niedrigsten Beitragsstufe herausfallen und mehr für die Unterbringung in der KiTa zahlen müssen. Das ist häufig ein Grund, die Kinder abzumelden. Wichtiger wäre, das Netz für Kinder zu verbessern, mehr Infrastruktur aufzubauen.

Kinder brauchen vor allem verlässliche Angebote, Orte, wo sie sich wohlfühlen, wo sie erwachsene AnsprechpartnerInnen haben, die auf ihre Bedürfnisse eingehen und sie unterstützen, Orte, wo sie unbeschwert mit anderen Kindern zusammen sein können, Orte, an denen sie Eigeninitiative entwickeln können und dafür Anerkennung bekommen, Orte, wo sie Material und Gelegenheiten vorfinden, sich selbst Wissen anzueignen, Orte, die dazu beitragen, dass sie reichhaltige Erfahrungen machen können, die den Mangel ausgleichen, den sie zu Hause erleben. Von Eltern, die selbst keine gute Ausbildung hatten und nie erfahren haben, dass Einsatz sich lohnt, ist nicht zu erwarten, dass sie ihren Kindern Selbstwertgefühl, Interesse an Bildung und einen Bildungshorizont vermitteln, wie es zur Partizipation an der Gesellschaft heute erforderlich ist.

Geld zu geben, ist zwar eine notwendige, aber nicht unbedingt ausreichende Maßnahme, Entlastung zu schaffen.

Direkte Hilfe für Kinder würde z.B. bedeuten: bei mangelhafter Versorgung (Essen, Pflege, Ernährg.)

- gute Versorgung in der KiTa, gute Ausstattung
- Mittagstisch- oder Abendbrot-Angebot für Kinder, möglich auch gemeinsam mit Eltern
- Massage u. a. Körpererfahrung zum Wohlfühlen
- Projekte zur eigenen Versorgung (Wirtschaften), z.B. Waschsalon, Fahrradwerkstatt, Küche, Kleidertauschzentrale, oder Angebote verbunden mit Abenteuer wie z.B. Übernachten in der KiTa, Zelt-Fahrten

bei Gewalterfahrung:

- Erfahrung, als Person geachtet zu werden
- positive Körpererfahrung, Wertschätzung d. Körpers

bei mangelhaften Schulleistungen

- kostenlose Nachhilfe im Rahmen der KiTa²
- je ein Satz Schultensilien in der Schule – in der KiTa
- Unterstützung bei der Ausbildung eigener Interessen
- Unterstützung beim Verfolgen eigener Interessen (z.B. sich in der Stadt zurecht zu finden)

- die Erfahrung, dass es sich lohnt, sich zu engagieren
- bei mangelhaften Anregungen für Selbstbildungsprozesse
- Räume mit Werkstatt- und Ateliercharakter
 - handwerkliche Tätigkeiten, Experimentieren, Musik
 - eigene Herstellung von Gebrauchsgegenständen
 - Werkzeug- und Spielzeugtauschzentrale.

Das alles erfordert eine entsprechend Ausstattung, die umfangreicher sein muss, als die Regelförderung zulässt.

Voraussetzungen (nicht materieller Art) für den Ausbau von KiTas zu Orten von entwicklungsfördernder Qualität für Kinder aus belasteten und benachteiligten Lebensverhältnissen:

- persönliches Engagement und Interesse
- Wahrnehmen der allgemeinen Probleme im Stadtteil
- Wahrnehmen der persönlichen Probleme von Eltern und Kindern
- Aufbau vertrauensvoller Kontakte über Angebote, die auf Bedürfnisse von Eltern treffen
- Wahrnehmen der eigenen Grenzen
- Erforschen der Amtsstrategien im Umgang mit sozial Benachteiligten von amtlicher Seite

Dazu gehört z.B. auch das Problem, dass im sozialen Bereich immer mehr Stellen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen befristet sind, wohingegen die Verwaltung mit Dauerstellen ausgestattet ist.

Eine grundsätzliche Frage dabei ist: Inwieweit können ErzieherInnen Verständnis aufbringen für die Lebenslage der Kinder und ihrer Eltern? Kennen ErzieherInnen die Lebensart, den Erwartungshorizont und die Problemsituationen von sozial belasteten und benachteiligten Familien? Was ist ihnen vertraut, was nicht? Was bewundern sie, was lehnen sie ab?

In welchen Verhältnissen leben die ErzieherInnen im Vergleich zu den belasteten und benachteiligten Familien? (Bremen: Die meisten Fachkräfte wohnen in anderen Stadtteilen und in einem mittelschichtgeprägten Milieu.)

Das alles erfordert eine gründliche Situationsanalyse, die drei Schritte umfasst:

1. Bewusstmachen der eigenen Einstellungen durch Selbstbefragung und Austausch mit KollegInnen:

- Was bezeichne ich als soziale Benachteiligung und besondere Belastung?
- Habe ich selbst in meinem Lebenszusammenhang soziale Benachteiligung und Belastung erfahren?

² In Emden besteht z.B. das Problem, dass kostenlose Nachhilfe in der KiTa in Konkurrenz zu den bestehenden Nachhilfe-Vereinen geriete, wenn es dafür extra Personal gäbe.

³ Nach einer Definition des Deutschen Städtetages (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe/Deutscher Städtetag 1977, S. 12) sind „Soziale Brennpunkte [...] Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten“.

- Wie erlebe ich Kinder, die ich als benachteiligt und belastet empfinde? Was lösen sie bei mir aus? Wie gehe ich mit ihnen um? Wie begegnen sie mir? Was macht mir Schwierigkeiten?
- Kommen ihre Stärken in der KiTa zum Tragen?
- Was interessiert mich am Leben ihrer Eltern? Wieviel weiß ich über die Lebensbedingungen?
- Was kann ich ihnen bieten, was kann ich von ihnen lernen?
- Wofür will ich mich einsetzen? Was halte ich für erfolgversprechend, was für aussichtslos?
- Wie verträgt sich mein bisheriges Berufsverständnis mit den Anforderungen?

2. Umfeldanalyse

- Was ist bekannt über das Umfeld? (Zusammensetzung der Bevölkerung, unterschiedliche Lebenslagen und Kulturen, Wohnbedingungen, Kinderbetreuung, Arbeitsbedingungen, Freizeitangebote ...)
- Wo halten sich Kinder und Jugendliche der Umgebung auf, wenn sie draußen sind? Und was tun sie dort (am liebsten)? Wie kann ich das herausfinden?
- Wieviel weiß ich von den Lebensbedingungen der Eltern? Wollen die Eltern, dass ich davon etwas weiß?
- Welche Informationen fehlen? Was nützt es für meine Arbeit, diese Informationen zu bekommen?
- Was sind die Problempunkte? An welchen Stellen und wie werden Probleme und Bedarf sichtbar? Wie sind Kinder davon betroffen? Was sind die konkreten Benachteiligungen der Kinder?
- Was erwarten belastete Eltern von der KiTa? Wozu brauchen sie sie konkret oder wozu könnten sie sie brauchen?
- Welche Voraussetzungen sind nötig, damit Eltern in belasteten Lebenssituationen ihre Interessen äußern (können)?
- Was tun die politischen Gremien und amtlichen Stellen, um Belastungen zu mildern und benachteiligte Familien zu stützen und zu stärken? Worin liegen Behinderungen?

3. Einrichtungsanalyse

- Welche konkreten Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten brauchen die Kinder in der KiTa – speziell unter dem Bildungsgesichtspunkt?
- Welche Angebote eignen sich zur Entlastung ihrer momentanen Belastung?
- Welche Maßnahmen dienen der Unterstützung auf ihrem Lebensweg?

Fazit

Die KiTa hat einen besonderen Stellenwert im Leben von Kindern aus belasteten und benachteiligten Familien. Sie kann den Kindern Erfahrungsräume eröffnen, die sie in ihren Familien und im Wohnumfeld nicht vorfinden. Sie kann z.T. auch erlittene Mängel ausgleichen. Zugleich ist sie ein wichtiges Bindeglied für den Kontakt zu den Eltern, den sie viel unbelasteter aufnehmen und pflegen kann als z.B. Soziale Dienste.

Um diese vorhandene gute Ressource voll nutzen zu können, ist es notwendig, dass die Funktion der KiTa endlich mehr Anerkennung findet in der Politik, bei der Jugendhilfe selbst und bei den Sozialen Diensten:

- bessere Ausstattung – materiell und personell (besser als bei Regelförderung)
- bessere Kooperation mit verschiedenen Stellen (z.B. Anerkennung als Partner von Seiten des Sozialen Dienstes, Einbeziehen von ErzieherInnen in Bedarfsermittlung, entsprechende Personalausstattung und Verfügungszeiten für solche Aufgabe)
- bessere Unterstützung durch Träger.

Von der KiTa aus gesehen ist Öffnung notwendig:

- Erforschen und Nutzung von Ressourcen der Umgebung
- Aufbau von Kooperation und Vernetzung
- Einbeziehen der Eltern, Beteiligung von Eltern, Raum für Eltern
- Anlaufstelle und Treffpunkt, Raum und Gelegenheit für informelle Kontakte und Kommunikation
- offene Angebote und Dienstleistungen.

Dazu braucht es ein neues Selbstverständnis, Offenheit für die Belange im Umfeld und Kapazität. Zum Teil braucht es „mehr KiTa“ im Sinne von Erweiterung des Angebots und besserer Ausstattung:

- Plätze für Kinder unter drei Jahren
- Ganztagsbetreuung als Regelangebot
- zusätzliche „Not“-Dienste
- Beitragsfreiheit.

Ansonsten aber ist gefragt: „KiTa anders!“

- Orte für Kinder und Lobby für Kinder

Und es muss auch nicht immer KiTa sein. Manchmal sind es die offenen Angebote, die dem Bedarf mehr entgegenkommen und Kontakt schaffen.

Ich hoffe, mein Beitrag hat Ihnen Stoff geliefert für die Auseinandersetzung mit der Frage:

Was sind entscheidende Qualitätskriterien für Kindertagesstätten und die Arbeit mit Kindern, die von Belastung und Benachteiligung betroffen sind?

Schule im Brennpunkt – Was können Schulen beitragen gegen soziale Segregation?

Einleitung

In einer Gesellschaft von Ungleichem sind zwangsläufig die Lebenschancen ungleich verteilt. Der Sozialstaat kompensiert die Folgen sozioökonomischer Ungleichheiten mittels unterschiedlicher Instrumente (z. B. sprachlicher Förderunterricht, vorschulische Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten, Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen etc.). Seit einigen Jahrzehnten sind diese Maßnahmen in unterschiedlicher Ausprägung und in Abhängigkeit von den jeweiligen Bundesländern etabliert. Doch trotz dieser vielseitigen Anstrengungen sind nach wie vor die Lebenschancen von Angehörigen unterer gesellschaftlicher Schichten in einem weitaus größeren Umfang beeinträchtigt als dies für andere gilt. Das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt hier an.

Fragestellung und Hypothese

Im Kontext von Lebens- bzw. Bildungschancen versus Herkunft und Status hat mich bezogen auf das Schulsystem der Region Berlin die Frage interessiert, ob nicht schon auf der Ebene von Grundschulen sog. Bildungsungleichheiten bestehen und wenn ja, ob diese abhängig sind vom Wohnort und der Schichtzugehörigkeit.

Warum Grundschulen?

1. Ganz im Gegenteil zu den Oberschulen sind Eltern einer bestimmten Grundschule zugeordnet (Wohnortprinzip). Homogenität der Schülerschaft ist damit ausgeschlossen. Die Durchmischung der Schichten soll so gewährleistet werden.
2. Die Primarbildung ist einheitlich organisiert und an einem feststehenden Curriculum, welches für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich ist, ausgerichtet.
3. Forschungen zu diesem Thema bezogen sich in der Vergangenheit immer auf die Oberschulen.

Warum Wohnort und Schichtzugehörigkeit?

Mit Blick auf soziale und räumliche Segmentierung in deutschen Städten ist unter Stadtso-

ziologen immer öfter die Rede von der Teilung der Stadt. Danach bilden sich segmentierte Quartiere, die sich durch Angehörige bestimmter Gruppen (höchstbezahlte Spitzenkräfte, eine breite Mittelschicht und eine schnell wachsende Gruppe geringqualifizierter Beschäftigter, Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger und Nichtdeutscher) charakterisieren lassen. Infolge von Arbeitsmarktkrisen, Wanderungsprozessen und Einwanderung konzentriert sich eine zunehmende Armutsbevölkerung in den innerstädtischen Regionen - welche sich vor allem durch günstige Wohnungsmieten auszeichnen - und befördert so die Tendenz zur sozialen und ethnischen Entmischung.

Wie lassen sich soziale Brennpunkte bestimmen?

Soziale Brennpunkte sind geographisch eingegrenzte Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Belastung der Sozialstruktur auszeichnen. Der Begriff soziale Belastung (Ausdruck für sozialstrukturelle Verhältnisse) wird im regelmäßig erscheinenden Berliner Sozialstrukturatlas durch folgende Merkmale definiert:

Gesundheitliche Merkmale

- vorzeitige Sterblichkeit,
- Säuglingssterblichkeit,
- Tbc-Erkrankungen,
- Vorsorge,
- Alkohol/Nikotin
- Ernährung

Soziale Merkmale

- Altersstruktur
- Bildungsabschluss,
- Nichtdeutsche,
- Arbeitslosenquote
- Sozialhilfeempfänger,
- Einkommen.

Tabelle 1.: Merkmale sozialer Induktion³.

Die Spannweiten der Sozialindizes für alle Berliner Bezirke lagen in 1999 zwischen +1.64 und -2.12⁴. In bezug auf die zeitliche Dimension ließ sich ein hoher Zusammenhang zwischen den Sozialindizes diagnostizieren ($r = 0.95$ in 1990, $r = 0.97$ in 1997 und $r = 0.97$ in 1999). Insbesondere die Extreme zeigten eine ausgeprägte temporale Stabilität, welche die Annahme einer Verstetigung sozialer und ökonomischer Diskrepanzen untermauern.

Vor diesem Hintergrund kam ich zu folgender Hypothese:

Infolge sozioökonomischer Ungleichheiten zwischen den Bezirken und auf der Ebene von Einschulungsbereichen von Grundschulen

³ Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.: „Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin 1997.

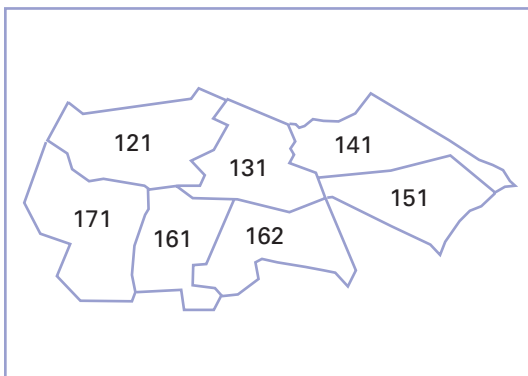
⁴ Die Autoren des Sozialstrukturatlas verweisen auf den Umstand, dass trotz einer hohen Validität der Ergebnisse der Sozialstrukturrechnungen eine eindeutige Aggregation der Sozialindizes zu dem bezirklichen Sozialindex nicht möglich war. Deswegen wurde über so genannte Designfaktoren die Eindeutigkeit hergestellt (vgl. ebd., S. 14).

kommt es zu Bildungsungleichheiten und dauerhafter Segmentierung, innerhalb gegebener Schulstrukturen.

Im Vordergrund steht hierbei die Frage nach gesicherten Beziehungen zwischen den sozioökonomischen Rahmenbedingungen sowie der Lage der Bevölkerung (z. B. Bildung der Eltern, Beruf des Vaters etc.) in den Einschulungsbereichen von Grundschulen auf der einen Seite und den Oberschulempfehlungen der abgehenden Grundschule auf der anderen Seite.

Zur Methode

Die Basis zur Eingrenzung der sozialen Lage der Bevölkerung in den Einschulungsbereichen sind, wie oben schon erwähnt, die Sozialindizes. Die methodisch relevante und verfügbare statistische Analyseebene sind die Verkehrszellen⁵, wie sie hier beispielhaft für Kreuzberg abgebildet sind:

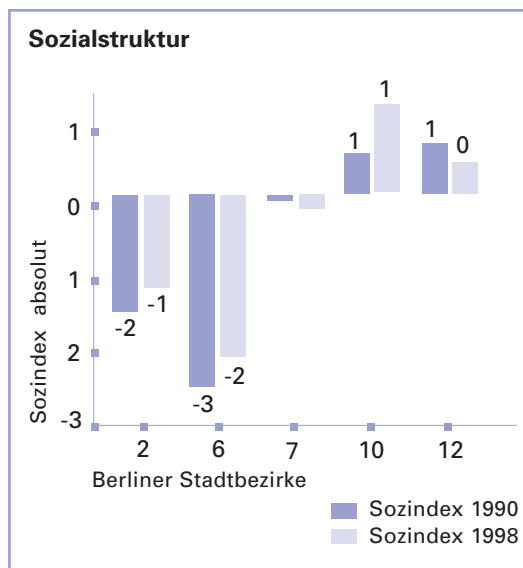


Grafik 1: Beispiel Kreuzberg: Verkehrszellen.

Damit ist die soziale Lage in den Einschulungsbereichen gekennzeichnet. Die Oberschulempfehlungen der Grundschulen dienen als Ausweis, für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Die Verteilungsquoten der Oberschulempfehlungen in den Bezirken und in den Einzelschulen wurden der sozialen Lage in den Einschulungsbereichen gegenübergestellt, um so Vergleich möglich zu machen.

Ergebnisse insgesamt

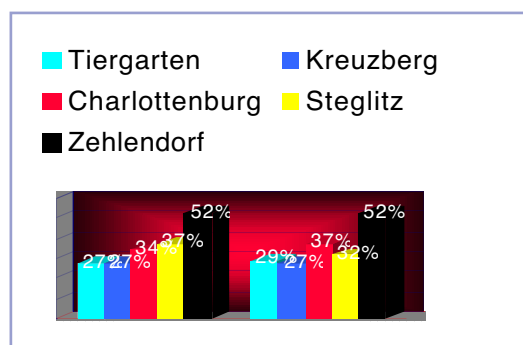
Für die fünf untersuchten Bezirke ergibt sich in bezug auf die soziale Lage für die Zeitpunkte 1990 und 1998 folgendes Bild:



Grafik 2: Berliner Bezirke im Vergleich: 2= Tiergarten, 6= Kreuzberg, 7= Charlottenburg, 10= Zehlendorf und 12= Steglitz, Sozialindex= Werte für die soziale Belastung der Bezirke.

Wir erkennen eine über die Maßen starke soziale Belastung der Innenstadtbezirke, Tiergarten und Kreuzberg. Dagegen bilden die Außenstadtbezirke (Zehlendorf und Steglitz) gleichsam den Kontrast zu den Innenstadtbezirken. Augenscheinlich trifft dies hinsichtlich der sozialen Lage der Bevölkerung zu, die in den beiden Bezirken weit über Durchschnitt privilegiert ist. Zu den beschriebenen Bezirken nimmt Charlottenburg eine Mittelstellung ein, da die soziale Lage der Bevölkerung weder überdurchschnittlich privilegiert noch deprivilegiert einzustufen ist.

Angesichts dieser Ausgangsbedingungen stellte sich die Frage, ob die hoch differente Sozialstruktur Auswirkungen auf die Grundschulempfehlungen haben könnte. Am Beispiel der Gymnasialempfehlungen will ich dies prüfen.



Grafik 3: Gymnasialempfehlungen für fünf Berliner Bezirke in 1992 und 1999, in % Angaben.

⁵ Vgl. Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.: „Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin 1997, Seite 238.

Wie un schwer zu erkennen ist, differieren die Gymnasialempfehlungen erheblich. In den Innenstadtbezirke erreichten in 1992 gerade mal 27 % der Schülerinnen und Schüler eine Gymnasialempfehlung, während es in den Außenstadtbezirken zwischen 37 und 52 % sind. In 1999 änderte sich dieses Bild etwas. Doch nach wie vor bilden die beiden Extreme Kreuzberg (27 %) und Zehlendorf (52 %). Allerdings zeigt sich, dass es den Grundschulen in Tiergarten und Charlottenburg gelang, die Quote der Gymnasialempfehlungen zu erhöhen. Dagegen ging diese in Steglitz sehr deutlich zurück. Zur Absicherung der Tabelleninterpretation wurde das statistische Verfahren der Korrelationsanalyse hinzugezogen. Mit diesem Verfahren konnte die Stärke der Zusammenhänge zwischen den Variablen geprüft werden.

Korrelation zwischen:		
	GYMEMP92	GYMEMP99
INDEX90	r = 0.46	
INDEX98	r = 0.60	

Tabelle 2: Korrelationsanalyse über fünf Berliner Bezirke: GYMEMP= Gymnasialempfehlungen, INDEX= Sozialindexwerte, r= Korrelationskoeffizient.

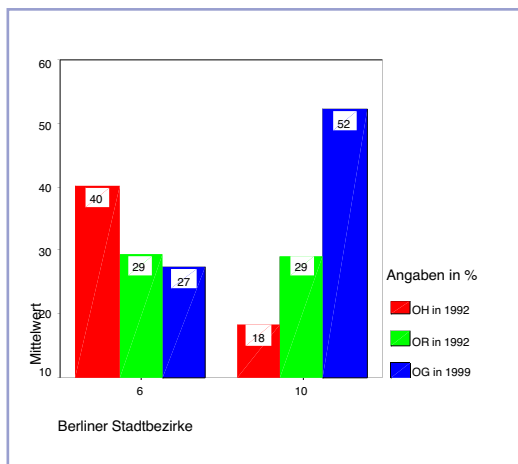
Korrelation zwischen:		
	HAUPTEMP92	HAUPTEMP99
INDEX90	r = -0.51	
INDEX98		r = -0.67

Tabelle 3: Korrelationsanalyse über fünf Berliner Bezirke: HAUPTEMP= Hauptschulempfehlungen, INDEX= Sozialindexwerte, r= Korrelationskoeffizient.

Unverkennbar zeigt die Sozialstruktur Einfluss. In Bezirken mit geringer sozialer Belastung steigt die Wahrscheinlichkeit eine Gymnasialempfehlung zu erreichen (r= 0.46 in 1992 und r= 0.60 in 1999), während andererseits mit dem Ansteigen der sozialen Belastung auch die Wahrscheinlichkeit steigt statt einer Gymnasialempfehlung eine Hauptschulempfehlung zu erlangen (r= -0.51 in 1992 und r= -0.67 in 1999).

Ergebnisse für Kreuzberg und Zehlendorf

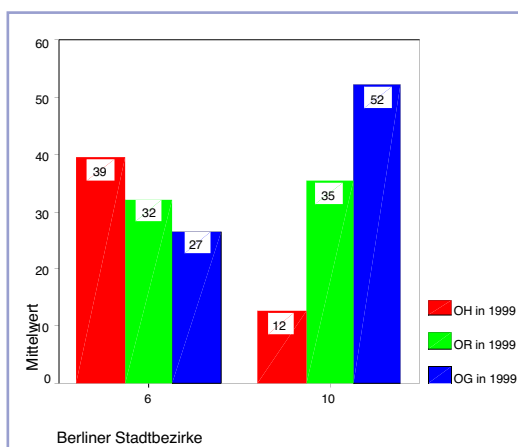
Bezogen auf die Frage, wie sich die Chancen eine Gymnasialempfehlung zu bekommen auf der Ebene der einzelnen Bezirke verteilen und ob es einen Zusammenhang geben könnte, in bezug auf die soziale Ausgangslage der Bevölkerung kam ich zu folgenden Ergebnissen, die ich an den beiden Extrembeispielen der Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf beschreiben möchte:



Grafik 4.: Oberschulempfehlungen im Schuljahr 1992 für die Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf in 5 Angaben: 6= Kreuzberg, 10= Zehlendorf, OH in 1992= Hauptschulempfehlungen, OR in 1992= Realschulempfehlungen, OG in 1992= Gymnasialempfehlungen.

Die Wahrscheinlichkeit für Schülerinnen und Schüler die eine Kreuzberger Grundschule besuchen eine Hauptschulempfehlung zu erlangen ist mehr als doppelt so hoch als in Zehlendorf (40% zu 18%).

Die gleiche Aussage gilt in 1999, nur dass sie sich noch verschärft. Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit mehr als dreimal so groß (38% zu 12%), parallel sanken in beiden Bezirken die Hauptschulempfehlungen zu Gunsten der Realschulempfehlungen:



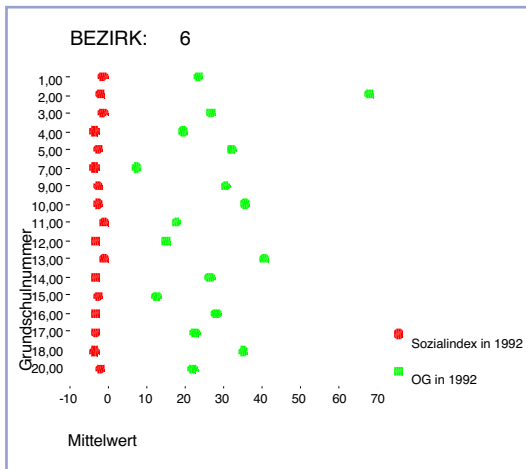
Grafik 5: Oberschulempfehlungen im Schuljahr 1999 für die Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf in 5 Angaben: 6= Kreuzberg, 10= Zehlendorf, OH in 1999= Hauptschulempfehlungen, OR in 1999= Realschulempfehlungen, OG in 1999= Gymnasialempfehlungen.

Wir sehen, dass sich über den Zeitraum von acht Jahren die Differenzen auf einem hohen Niveau stabilisiert haben. Man spricht hier von Segmentierungsprozessen, also von Verfestigungen der Bildungsungleichheiten zwischen den Bezirken.

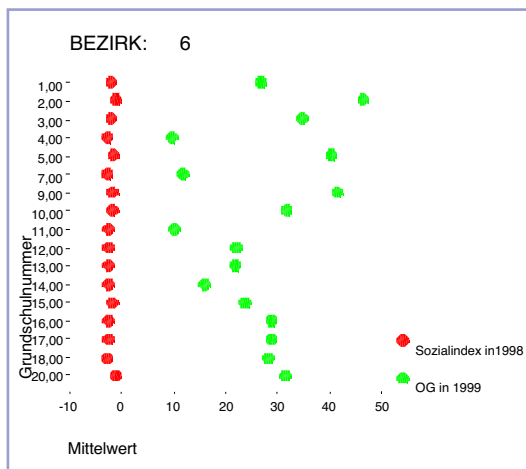
Doch gilt diese Aussage auch für die Grundschulstrukturen innerhalb der Bezirke? Dieser Frage soll am Beispiel Kreuzbergs nachgegangen werden.

Kreuzberg

Hier zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen den Einzelschulen, in bezug auf die Chance eine Gymnasialempfehlung zu erlangen. Zunächst die Ergebnisse für 17 Grundschulen in Kreuzberg für 1992 und 1999:



Grafik 6: Gymnasialempfehlungen für 17 Grundschulen in Kreuzberg im Kontext von sozialer Belastung: Sozialindex in 1992= Sozialindexwerte für das Schuljahr 1992 in absoluten Werten, OG in 1992= Gymnasialempfehlungen für das Schuljahr 1992 in % Angaben, Angaben N= 17.



Grafik 7: Gymnasialempfehlungen für 17 Grundschulen in Kreuzberg im Kontext von sozialer Belastung: Sozialindex in 1999= Sozialindexwerte für das Schuljahr 1999 in absoluten Werten, OG in 1999= Gymnasialempfehlungen für das Schuljahr 1999 in % Angaben N= 17.

Für beide Messzeitpunkte gilt i. d. R.: Je geringer die sozialen Belastungen desto größer waren die Quoten an Gymnasialempfohlenen.

Um nun sogenannte Segmentierungsprozesse nachweisen zu können wurden Kriterien gebildet, die über beide Zeiträume eine hohe Stabilität aufwiesen, hinsichtlich der Tatsache das sie:

- erstens, ihre Schülerinnen und Schüler immer aus Bereichen mit hoher sozialer Belastung zogen,

- zweitens, konstant einen überdurchschnittlichen Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler beschulten,
- drittens, immer mehr Hauptschulempfehlungen aussprachen als im Bezirksdurchschnitt,
- viertens, nie den Mittelwert für die Gymnasialschulempfehlungen übersprangen.

Aus dem Pool von 17 Grundschulen konnten sechs bzw. 35 % der Schulen herausgefiltert werden.

Grundschulen	Index 90 Einsch.	N in 91	HAUPT-EMP 92	GYM-EMP 92
04.*	-3.63**	69,5 %	39,0 %	19,5 %
07.	-3.63	72,1 %	61,2 %	07,2 %
11.*	-1.28**	61,1 %	59,3 %	17,7 %
12.*	-3.41**	78,0 %	35,4 %	15,0 %
14.	-3.41	80,7 %	52,6 %	26,3 %
15.	-2.55	41,7 %	49,0 %	12,6 %
Mittelwerte	-2.99	67,2 %	52,8 %	16,4 %
Mittelwert Bezirk	-2.60	47,3 %	40,1 %	27,2 %

Grundschulen	Index 98 Einsch.	N in 98	HAUPT-EMP 99	GYM-EMP 99
04.*	-2.87**	65,0 %	66,1 %	09,7 %
07.	-2.87	75,0 %	53,3 %	11,6 %
11.*	-2.46**	62,2 %	62,8 %	10,0 %
12.*	-3.56**	66,1 %	50,0 %	22,1 %
14.	-3.56	80,0 %	46,0 %	16,0 %
15.	-1.76	54,6 %	48,2 %	23,5 %
Mittelwerte	-2.84	67,2 %	54,4 %	15,5 %
Mittelwert Bezirk	-2.20	49,8 %	39,4 %	26,7 %

* Diese Schule zieht Schülerinnen und Schüler aus zwei Verkehrszellen
 ** Durchschnittswert mehrerer Sozialindizes.

Tabelle 4.: Querschnittanalyse für ausgewählte Grundschulen in Kreuzberg. IndexEinsch.= Sozialindizes der Einschulbereiche, N= Anteil der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler in %, HAUPTTEMP= Hauptschulempfehlungen in %, GYMEMP= Gymnasialempfehlungen in %, N= 06.

In Kreuzberg sind die Differenzen zwischen den Durchschnittswerten für die ermittelten sechs Grundschulen und den Bezirksmittelwerten erheblich. Die soziale Lage der Bevölkerung bleibt über die Jahre unverändert hoch; wengleich im Schuljahr 1999 eine Abschwächung von 0.15 Punkten gemessen wurde, kann von einer Erholung überhaupt keine Rede sein, zumal der Abstand zum Bezirkswert zu-genommen hat (in '91 -0.39 und in '99 -0.44). Auch die weiteren Durch-schnittswerte liegen sehr deutlich über den bezirklichen Mittelwerten. Sie blieben über die Jahre konstant hoch, mit der Tendenz, die Kluft zum Bezirksdurchschnitt weiter auszubauen. Die hier gezeigte Entwicklung ist insofern bedenklich, als dass diese Grund-

schulen nicht nur von bezirksinternen Bildungsdisparitäten betroffen sind, sondern offenbar zusätzlich von Segmentierungsprozessen bedroht werden, mit der Tendenz zur Etablierung von Bildungsinseln.

Angesichts dieser Fakten war der Frage nachzugehen, ob diese Differenzen womöglich darauf zurückzuführen waren, dass nicht alle Grundschüler ihre Grundschule aufsuchen würden. Möglicherweise gab es Eltern, die ihre Kinder außerhalb des zuständigen Einzugsbereichs ihrer Schule unterbrachten. Hier blieb zu prüfen, ob es diesen vermuteten Schülerschwund gab und falls ja, ob dieser für die angedeuteten Segmentierungs- und Ausgrenzungsprozesse von Bedeutung sein könnte. Hierbei kam ich zu einer interessanten Entdeckung:

Grundschulen	dediff 91	knndiff 91	dediff 98	knndiff 98
4. G.	-138	-126	-303	-98
7. G.	-81	-221	-211	-157
11. G.	-86	-19	-220	+63
12. G.	-130	-36	-158	+11
14. G.	-41	-146	-208	-78
15. G.	-102	+3	-258	-9
Mittelwert	-96	-91	-226	-44
1. G.	-161	0,0	-457	+49
2. G.	+17	-13	+17	+11
3. G.	-235	-9	-187	-54
5. G.	+150	-50	-56	+36
9. G.	-223	-103	-179	-26
10. G.	+47	+78	-22	+170
13. G.	-60	-113	-255	-23
16. G.	+183	-131	-182	-39
17. G.	+5	+12	-30	+2
18. G.	+99	-89	+23	+7
20. G.	-90	-59	-195	+110
Mittelwert Bezirk	-49	-59	-169	-30

Tabelle 5.: Schülerschwund in Kreuzberg. Dediff91= Schülerschwund deutscher Schüler absolut in 1991, knndiff91= Schülerschwund nichtdeutscher Schüler absolut in 1991, dediff98= Schülerschwund deutscher Schüler absolut in 1998, knndiff98= Schülerschwund nichtdeutscher Schüler absolut in 1998, N= 17.

Nicht alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter besuchten in Kreuzberg die für sie bestimmte Schule. Im Durchschnitt fehlten im Schuljahr 1991/92 pro Grundschule -49 Schülerinnen und Schüler aus der deutschen und -59 aus der nichtdeutschen Population. Zwischen den Schulen kam es möglicherweise zu Austauschprozessen, wie die teilweise sehr hohen positiven Zahlen erkennen lassen. Ob es hier von Seiten des Schulamtes oder der Schulen selbst zu gesteuerten Ausgleichsmaßnahmen kam, muss offen bleiben. Betrachten wir die Durchschnittswerte für das Schuljahr 1998/99, ist die Verdreifachung der Schülerschwundzahl in der deutschen Population nicht zu übersehen. Dagegen

halbierte sich der Schwund in der nichtdeutschen Schülerpopulation.

Die aufgeworfene Frage, ob der Schülerschwund für die sechs von Bildungssegmentierungsprozessen betroffenen Schulen von Bedeutung sein könnte, ist insofern nicht von der Hand zu weisen, als im Schuljahr 1991/92 wie im Schuljahr 1998/99 der Schülerschwund in beiden Populationen deutlich über dem Bezirksmittelwert rangierte. Mit anderen Worten, i. d. R. besuchten doppelt so viele Schülerinnen und Schüler aus der deutschen wie aus der nichtdeutschen Population andere als die für sie zuständige Schulen. Die von Bildungssegmentierungen bedrohten Grundschulen sind also zugleich überdurchschnittlich stark vom Schülerschwund betroffen.

Ob es darüber hinaus einen Zusammenhang zwischen Schülerschwund und Oberschulempfehlungen gab, war zu prüfen.

Kreuzberg – Korrelationskoeffizienten			
	HAUPTTEMP 92/99	REALEMP 92/99	GYMEMP 92/99
dekssw91	r= - 0.11	r= - 0.21	r= 0.34
dekssw98	r= - 0.54	r= 0.10	r= 0.50
kndhsw91	r= - 0.35	r= 0.09	r= 0.22
kndhsw98	r= - 0.34	r= 0.13	r= 0.38

Tabelle 6.: Schülerschwund deutscher und nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler in Kreuzberg. Dekssw91= Schülerschwund deutscher Schülerinnen und Schüler 1991, dekssw98= Schülerschwund deutscher Schülerinnen und Schüler 1998, kndhsw91= Schülerschwund Nichtdeutscher 1991, kndhsw98= Schülerschwund Nichtdeutscher 1998, HAUPTTEMP92/99= Hauptschulempfehlungen in 1992 und 1999, REALEMP92/99= Realschulempfehlungen in 1992 und 1999, GYMEMP92/99= Gymnasialempfehlungen in 1992 und 1999, r= Korrelationskoeffizient, N= 17.

In Schuljahr 1998/99 korrelieren die Hauptschulempfehlungen mit dem Schülerschwund in der deutschen Population signifikant negativ, während die Gymnasialempfehlungen positiv korrelieren. D. h. je größer der Schwund in der deutschen Schülerpopulation war, desto höher fielen die Hauptschulempfehlungen aus, während die Gymnasialempfehlungen mit sinkendem Schülerschwund in der deutschen Population anstiegen. Die vorliegenden Ergebnisse lassen also die Schlussfolgerung zu, dass hier gezielte Wanderungsprozesse eingesetzt haben. Deutsche Eltern ziehen demnach bewusst ihre Kinder aus bestimmten Grundschulen ab, ohne ihren Wohnort wechseln zu wollen oder zu können. Dies ist insofern bedenklich als in der Forschungsliteratur immer wieder auf den Zusammenhang von bildungsnahen Schichten und der Mobilitätsbereitschaft hingewiesen wird.

„Ohne gut erreichbares Angebot sinkt deutlich die Bildungsbereitschaft der unteren sozialen Gruppen, während bildungsbewusste Familien auch bei ungünstigen Schulwegen für ihr Kind die angestrebte Schulform wählen“

(Spangenberg u. a. 1999:13)⁶.

Die Chancen nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler

Die Analyse der demographischen Struktur zeigt für die Innenstadtbezirke eine Konzentration nichtdeutscher Bevölkerungsteile. In der Forschungsliteratur wie in der Berliner Schulstatistik sind es aber vor allem deren Kinder, die regelmäßig als sogenannte Bildungsverlierer beschrieben werden (Abitur 8 %, ohne Abschluss 31 %)⁷. Beziehen sich diese Aussage zunächst auf die Oberschulen, so lag es für mich nahe, mögliche Zusammenhänge auf der Grundschulebene zu prüfen. Wie groß ist also für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft die Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasial- bzw. eine Hauptschulempfehlung zu erreichen?

Korrelationskoeffizienten		
	NICHTD91	NICHTD98
GYMEMP92	r= -0.51	-
GYMEMP99	-	r= -0.80
HAUPTEMP92	r= 0.64	-
HAUPTEMP99	-	r= 0.76

Tabelle 7

Korrelationsanalyse HAUPTTEMP versus NICHTD für Kreuzberg: GYMEMP = Gymnasialempfehlungen, HAUPTEMP = Hauptschulempfehlungen, NICHTD = Nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler, r = Korrelationskoeffizient.

Wie ersichtlich wird, ist deren Chance in Kreuzberg eine Gymnasialempfehlung zu erreichen eher gering. Dagegen ist diese deutlich höher, in bezug auf die Hauptschulempfehlungen. Zu beachten ist die Zunahme der Intensität dieser Beziehung.

Korrelationskoeffizienten		
	NICHTD91	NICHTD98
GYMEMP92	r= -0.43	-
GYMEMP99	-	r= -0.05
HAUPTEMP92	r= 0.36	-
HAUPTEMP99	-	r= 0.28

Tabelle 8

Korrelationsanalyse HAUPTTEMP versus NICHTD für Zehlendorf: GYMEMP= Gymnasialempfehlungen, HAUPTEMP= Hauptschulempfehlungen, NICHTD= Nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler, r= Korrelationskoeffizient

Für Zehlendorf kann diagnostiziert werden, dass in bezug auf die Gruppe der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler und deren Verteilungsquoten auf die Oberschulempfeh-

lungen keine signifikanten Zusammenhänge – sehen wir von dem schwachen Zusammenhang zwischen GYMEMP92 und NICHTD91 einmal ab – gemessen wurden.

Fazit

Die Wahrscheinlichkeit, für ein Gymnasium empfohlen zu werden, steigt in Abhängigkeit von den sozialen Kontexten. Unverkennbar wurden im Schuljahr 1991/92 in dem privilegierten Bezirk Zehlendorf durchschnittlich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für das Gymnasium empfohlen (52 %) als in dem von Armut und sozialer Not betroffenen Bezirk Kreuzberg (27 %).

1. Auf der Ebene der Einzelschulen zeigte sich, dass Grundschulen, die Schülerinnen und Schüler aus gleichen sozialen Teilräumen ziehen, dennoch zu gänzlich unterschiedlichen prozentualen Verteilungen hinsichtlich ihrer Gymnasialschulempfehlungen kommen können. Diese Tatsache bekräftigt meine Annahme, dass zwischen den Grundschulen – und dies betrifft vor allem die Innenstadtbezirke – Ausdifferenzierungsprozesse in Gang gesetzt wurden, die quasi »Bildungs-inseln« generieren, in denen über den gesamten Untersuchungszeitraum überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung kumulieren. Wie gezeigt werden konnte, handelt es sich hierbei um Segmentierungsprozesse. Damit bestätigt sich: Erstens, die Ausdünnung von Schülerinnen und Schülern mit einer Empfehlung für das Gymnasium und zweitens, die Ausdifferenzierung unter Schulen gleicher Schularart.

2. Segmentierungsprozesse sind nicht voraussetzungslos, sondern stehen in ursächlichem Zusammenhang mit der sozialen Lebenslage der Bevölkerung sowie mit der ethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft. Beide Merkmale beeinträchtigen die Bildungschancen erheblich, wenngleich Schülerinnen und Schüler aus nichtdeutschem Elternhaus hiervon im Besonderen betroffen sind. Gleichwohl muss an dieser Stelle ein Irrtum korrigiert werden, der immer wieder in Publikationen, aber auch in der tagespolitischen Presse wie in den Medien überhaupt, auftaucht. Denn aus dem vorliegenden Material ist zu schließen, dass nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler einer doppelten Diskriminierung unterliegen. Ihnen wird nicht nur die Herkunft, sondern auch die Schichtzugehörigkeit erschwerend zugeschrieben. Nach Analyse und Bewertung des vorliegenden Materials sind es aber in erster Linie Merkmale der Schichtzu-

⁶Spangenberg, H./Weishaupt, H.: „Der Übergang auf weiterführende Schulen in ausgewählten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Auswertung schulstatistischer Daten“. In: Weishaupt, H. (Hrsg.): „Zum Übergang auf weiterführende Schulen. Statistische Analysen und Fallstudien“. Pädagogische Hochschule Erfurt 1999.

⁷Vgl. Landesschulamt Berlin: „Das Schuljahr 1998/99 in Zahlen“. Landes-schulamt Berlin Referat I D 1998.

gehörigkeit, die diskriminierend wirken. Nicht-deutsche Eltern, die in den Innenstadtbezirken leben, verfügen i. d. R. nur über ein geringes Einkommen und über eine unterdurchschnittliche Schul- bzw. Berufsausbildung. Deshalb ist das strukturell diskriminierende Merkmal die Schichtzugehörigkeit. Vor diesem Hintergrund und im Kontext der explorierten Ergebnisse ist es also verständlich, wenn sich die Lernerfolge zwischen den Grundschülerinnen und -schülern der Innenstadtbezirke von denen der Außenstadtbezirke erheblich unterscheiden.

3. Der seit einigen Jahren anhaltende massive Austauschprozess der ansässigen Wohnbevölkerung (filtering down) hat insbesondere Angehörige der Mittelschicht den Innenstadtquartieren entzogen (Evasion). Zurück bleiben jene, deren Mobilität aufgrund mangelnder sozio-ökonomischer Voraussetzungen eingeschränkt ist oder aber die bewusst und zielgerichtet »bleiben« und so dem Sockelpotential an Quartiersbewohnern zuzurechnen sind, durch deren außerordentliches Integrationspotential die urbane Vielfalt bewahrt wird. Doch in einem Stadtteil zu leben und zu wohnen, muss nicht zwangsläufig dazu führen, dort auch die eigenen Kinder beschulen zu lassen. Eher neigen viele Eltern in der Frage, welche Grundschule ihr Kind besuchen soll zu dem Entschluss, ihr Kind nicht in der zuständigen Grundschule anzumelden. In Anlehnung an die Argumentation von Spangenberg u. a. kann davon ausgegangen werden, dass es vor allem Angehörige sogenannter bildungsnaher Schichten sind, die in der Schulwahl sehr mobil agieren. Vermutlich veranlassten die Diskussionen und kritischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit über die Qualität grundständiger Bildung deutsche Eltern dazu, für ihre Kinder geeignetere Grundschulen außerhalb des eigenen Bezirks auszuwählen. Eltern nicht-deutscher Schülerinnen und Schüler dagegen verhalten sich eher konform. Sie bringen in der Regel ihre Kinder in den Grundschulen unter, die für sie zuständig sind. Dieser Zustand scheint eine weitere Stufe zur sukzessiven Verschärfung der Selektion, sodass in den Grundschulklassen der Innenstadtbezirke einerseits Schülerinnen und Schüler von marginalisierten Minderheiten kumulieren und andererseits die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in den Quartieren sich entweder auf die »Bildungsinseln« begeben oder aber zu Grundschulen außerhalb der Bezirke abwandern. So folgt der Entmischung in den sozialen Milieus die Entmischung der Grundschulen.

4. Dies ist insofern bedenklich, als die Ausrichtung der Bildungspolitik auf lebenslanges

Lernen in einer Wissensgesellschaft ein solides polyvalentes Basiswissen voraussetzt, welches in der Grundschule – die als Erstinstanz mit systematischer Erziehung und Bildung konfrontiert – seinen Ausgangspunkt nimmt. Chancengleichheit hat aber für die von Benachteiligungen betroffenen Schülerinnen und Schüler eine besondere Bedeutung, da für sie das Risiko besonders groß ist, zu scheitern und damit ausgeschlossen zu werden.

5. Doch angesichts der erdrückenden sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen in den vorgestellten Innenstadtbezirken ist zu befürchten, dass einzelne Maßnahmen nicht mehr ausreichen, um die zu eskalieren drohende Situation zu entzerren. Denn das Ausmaß sozialer Belastungen z. B. in Kreuzberg ist derartig hoch, dass nur ein kompletter Austausch der Bevölkerung ganzer Wohnquartiere einen durchschlagenden Erfolg sichern würde (s. a. hierzu die Erfahrungen des US-Department of Housing and Urban Development Washington DC. 1999). Da dies nicht ernsthaft erwogen werden kann, ist die Politik gefragt. Denn die Lage ist nicht nur komplex, sie übersteigt auch die Möglichkeiten einzelner Verwaltungsressort. Hier wäre eine integrative Strategie nötig, die neben den einzelnen Senatsbehörden:

- Bauen, Umwelt, Wohnen und Verkehr,
 - Schule, Jugend und Sport,
 - Finanzen,
 - Wirtschaft
- auch
- die Wissenschaft,
 - die Betroffenen,
 - die handelnden Akteure in den Quartieren (z. B. Bürgerinitiativen)

in einer übergreifenden, konzertierten Aktion an einen »runden Tisch« versammeln müsste. Ansätze hierzu zeigen die Berlinweiten Quartiersmanagements in sozialen Brennpunkten.

6. Dennoch, trotz aller gesellschaftlicher Reformen und der durchschnittlichen Erhöhung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus trifft nach wie vor zu: Wer einer armen Familie entstammt, wessen Eltern über keine oder eine geringe Schul- und Berufsausbildung verfügen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit sein Leben lang von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen bleiben. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Minderheiten einer »urban underclass« weiter verdichtend in die Innenstadtquartiere zurückziehen werden – durch Zuzug, erhöhte Geburtenrate, etc. –, und deren Kinder werden in die Fußstapfen ihrer Eltern treten und somit wird die räumliche Isolierung forciert. Vor diesem Hintergrund scheint der poli-

tische Anspruch, es gebe gleiche Bildungschancen für alle, angesichts der dargelegten Argumente verwässert. Eher weckt die Nennung des Begriffs Bildungschancen heute unwillkürlich Gedanken an ein Lotteriespiel, bei dem wir nicht von ungefähr an Einsatz und Wetten denken. In so einem Spiel herrscht keine Gleichheit der Bildungschancen, sondern Zufall, Glückstreffer und Trostpreise. Und dass dabei nur wenige gewinnen können, die meisten aber verlieren, weiß jede Schülerin und jeder Schüler.

Literatur

Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.:
„Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales, Berlin 1997, Seite 238.

Sprangenberg, H./Weishaupt, H.:
„Der Übergang auf weiterführende Schulen in aus-
gewählten Ländern der Bundesrepublik Deutschland.
Auswertung schulstatistischer Daten“. In: Weishaupt,
H. (Hrsg.): „Zum Übergang auf weiterführende Schu-
len. Statistische Analysen und Fallstudien“. Pädagogi-
sche Hochschule Erfurt 1999.

Landesschulamt Berlin:
„Das Schuljahr 1998/99 in Zahlen“. Landesschulamt
Berlin Referat I D 1998.

US-Department of Housing and Urban Development:
„Revitalization of severely distressed public housing“.
<http://www.hud.gov/progdesc/hopevia.html> Washing-
ton DC 1999.

Gesundheits- und Sprachförderung für Kinder in schwierigen Lebenslagen

Vorbemerkungen:

Besonders in Zeiten knapper Ressourcen wird von den beteiligten Sozialisationsinstanzen verstärkt Kooperation, Vernetzung und Gesprächsbereitschaft gefordert. In dem Übergangsbereich von Kindertagesstätten in die Schulumgebung haben sich oft Bereiche des Gesundheitswesens als nützliche Vermittler erwiesen. Besonders die Angebote einer Sprachberatungsstelle werden von den Eltern gerne angenommen zur Unterstützung für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder und Familien. Besonders angesprochen sind dabei Problemfamilien, Migranten-, Einwandererfamilien und solche, in deren Lebensraum mehrere Sprachen gesprochen werden.

Sprachberatungsstelle im Gesundheitsamt Berlin-Reinickendorf:

22 Mitarbeiter/innen verschiedener Fachrichtungen (Logopäden, Ärzte, Psychologen, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Sozialpädagogen, Verwaltungskräfte) arbeiten multiprofessionell im Team zusammen, um Gesundheitsförderung, Prävention und (subsidiär) auch Therapien für Sprech-, Sprach- und stimmgestörte Klienten anbieten zu können. Wir haben unsere Zielsetzungen spezifiziert, um auch strukturell arbeiten zu können und uns nicht lediglich in Hilfestellungen für Einzelpatienten und/oder Familien bewegen zu müssen:

- Prävention und Frühförderung zum Thema Sprech-/Sprachstörungen; dazu haben wir Fortbildungen und Programme für Erzieher und Kinderärzte aufgelegt.
- Hilfen für sogenannte Problem- oder Multi-problemfamilien, die in gewisser Weise auch als „sprachgestörte“ (kommunikationsgestörte) Familien bezeichnet werden können.
- Entwicklung und Durchführung spezieller Angebote und Therapien, in denen Versorgungslücken bestehen (Beispiel: Intensive Intervalltherapien für jugendliche Stotterer; Gruppen für Menschen nach Schlaganfällen/Aphasiker, Gruppen für Eltern).

Seit Juni des Jahres 2001 ist unsere Zuständigkeit auf gesamt Berlin erweitert worden, damit sind ohnehin unterschiedliche Konzepte für unterschiedliche regionale Regionen gefordert. Im Prinzip gilt die Idee: Je weiter wir uns von unserem Standort fortbewegen, je stärker

arbeiten wir strukturell und je weniger arbeiten wir am Einzelfall.

Um beispielhaft zu verdeutlichen, wie eine jahrzehntelange regionale Arbeit Auswirkungen auf eine Region wie Berlin-Reinickendorf mit seinen 250.000 Menschen haben kann, möchten wir kurz den Vorschulbereich unserer Beratungsstelle vorstellen:

Wir kennen alle Kinderärzte sowie alle Mitarbeiter der Jugendgesundheitsdienste persönlich. Für die mehreren hundert Erzieher in Berlin-Reinickendorf werden jährlich seit 1995 fünftägige Seminare zum Thema „Sprachstörungen“ angeboten.

Vorschul- und Vorklassenleiterinnen von Kindertagesstätten und Schulen wurden in kürzeren Fortbildungen von uns angesprochen.

Es gibt zwei spezielle Sprachheil-Integrationskindertagesstätten mit 44 Plätzen.

Darüber hinaus gibt es in dem Flächenbezirk Berlin-Reinickendorf mehrere Integrationskindertagesstätten, in denen jeweils eine Gruppe durch Logopäden, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten versorgt werden. Die Therapieplanung der (sprach-) behinderten Kinder erfolgt durch das Team unserer Beratungsstelle.

Die Weiterbildungsarbeit zum Thema können wir als strukturelle Verbesserung auch in andere Bezirke Berlins tragen, unsere Untersuchungs- und Therapieangebote nur bedingt (in dem 30 km entfernten Berlin-Köpenick beispielsweise macht ein Untersuchungsangebot für ein sprachgestörtes Kind nur im Einzelfall Sinn, z.B. wenn dort eine Versorgungslücke besteht, z.B. bei jugendlichen Stotternern)

Die Region Berlin-Reinickendorf in Zahlen/ Sozialstruktur:

In Berlin-Reinickendorf, einem Flächenbezirk, leben 253.000 Einwohner. Davon sind etwa 13.700 Kinder unter 6 Jahren und knapp 28.000 Kinder zwischen 6 und 18 Jahren. In städtischen und nichtstädtischen Kindertagesstätten, Einrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Horte und Sondereinrichtungen stehen knapp über 8.000 Plätze zur Verfügung. Etwa 24.000 Schüler besuchen 57 Schulen, zusätzlich gibt es noch 7 Allgemeinbildende Schulen in anderen Trägerschaften mit etwa 1.700 Schülern. Der uns hier interessierende Bereich der Grundschulen umfasst 32 Schulen mit ca. 13.000 Schülern.

Kinder in schwierigen Lebenslagen sind vermutlich gehäuft zu finden in Regionen mit einem negativen Sozialindex. Hier wurden zur Ausdifferenzierung der Parameter „arm – reich“ folgende Kriterien herangezogen:

- Personen im Alter von 18 - 35 Jahren
- Ausländische Personen (ohne EU-Ausländer)
- Arbeitslosenquote

- Sozialhilfeempfänger (außerhalb von Einrichtungen)

Hier fanden sich auffällige Häufungen in den Bezirken Reinickendorf-Ost, Tegel-Süd und im Märkischen Viertel. Diese Zahlen belegen einen allgemeinen Eindruck, den wir auch bei unserer Patientenstruktur finden.

Insgesamt befindet sich Reinickendorf noch auf der Basis von 23 Bezirken im Sozialindex etwa auf Position zehn.

Inhaltliche Überlegungen für ein Konzept „Prävention von Sprachstörungen“

Bislang haben wir handlungsorientiert unsere, auch den Präventionsrahmen umfassende Konzeption dargestellt.

Inhaltlich scheinen uns folgende Befunde diskutierenswert. Grimm (1997) hat festgestellt, dass 13 bis 20 % von Zweijährigen, die bislang unauffällig waren, in diesem Alter als sprachentwicklungsverzögert identifiziert wurden.

Etwa 50 % dieser Risikokinder gelingt es, ihren Entwicklungsrückstand aufzuholen, wenn sie im Alter von 3 Jahren wieder untersucht werden. „Den anderen Kindern gelingt dies aber nicht, sondern ihr Störungsbild hat sich in gravierender Weise verfestigt. Ihre Sprachleistungen sind nun deutlich erkennbar defizitär.“ (Grimm 1997 in Franke, p 49/50)

Im Schulalter finden sich bei diesen Kindern verfestigte Störungen, die neben Sprachstörungen und Kommunikationsproblemen dann auch Lernschwierigkeiten und

Leseprobleme sowie psychiatrische Störungen und Verhaltensprobleme erkennbar werden lassen.

Heinemann (Mainz 1988 - 1992), Mediziner und Phoniater, hat festgestellt, dass in sozialen Brennpunkten der Stadt Mainz bis zu 34 % der Kinder im Vorschulalter eine Sprachentwicklungsstörung aufweisen. Obwohl diese Untersuchung in seiner statistisch-methodischen Qualität vielleicht optimaler zu gestalten gewesen wäre, zeigt diese Zahl doch eine gravierende Tendenz.

Beide Untersuchungen verweisen auf die Notwendigkeit eines Eingreifens einer Sprachberatungsstelle, besonders in problematischen Sozialräumen.

Der Sprachbaum

(Wendlandt u.a. – 4. Auflage 2000):

1988 haben sich Wolfgang Wendlandt und Mitarbeiter unserer Sprachberatungsstelle in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, um Handlungskonzepte für präventive Maßnahmen zu entwickeln. Die erste entwicklungspsy-

chologische Idee einer Betrachtung von Sprachentwicklung haben wir in einem „Sprachbaum“ verdeutlicht.

Die Wurzeln der Sprache finden sich entwicklungspsychologisch früh. Kinder schreien und lallen, sie sollten gut hören und sehen können, sie müssen ihren Tastsinn und Bewegungsdrang entwickeln können. (Hirn-) Reifungsvorgänge und ihre geistige wie soziale emotionale Entwicklung sind ebenso Voraussetzungen wie die vorgenannten für eine gedeihliche Sprachentwicklung. Alle diese Wurzeln sind eingebettet in die Lebensumwelt, die Kultur und die Gesellschaft, in der das Kind aufwächst. Sprechfreude und Sprachverständnis entwickeln sich bei gelungener sensomotorischer Integration zunehmend zu dem, was man Sprache und sprechen nennt: altersadäquate Artikulation, Wortschatz und Grammatik. Diese in der Baumkrone dargestellten Fähigkeiten des Kindes einer sich entwickelnden Sprache finden besondere Aufmerksamkeit der Umwelt, wenn dort eine Verzögerung vorliegt. Schauen Eltern und oft auch Bezugspersonen auf die Krone des Baumes, besonders wenn eine Störung vorliegt, so sehen wir zunächst auf die Wurzeln und auf den Baumstamm. Hier versuchen wir zunächst zu helfen. Die in diesem Bild dargestellten Kommunikations-„Regeln“ und die für jedes Wachstum notwendige Wärme, Liebe und Akzeptanz der Bezugspersonen zeigen u.a. unsere beraterische Haltung, Eltern und Bezugspersonen im Rahmen einer ganzheitlichen Herangehensweise in den Veränderungsprozess so weit wie möglich mit einzubeziehen.

Unter diesem lebensnahen und praktischen Konzept einer Idee von Prävention kümmern wir uns also besonders um Kinder im Lebensalter ab 3 und im Hinblick auf die Befunde von Grimm, um noch jüngere Kinder.

Wir bemühen uns um Prozessorientierung und um Vernetzung mit allen relevanten Institutionen, möglichst ohne Bürokratismus.

Unsere Erfahrung ist, dass ein regionales, also ein kommunal-gemeindenahes Vorgehen, eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Funktionieren einer strukturellen Einflussnahme im Bereich von Prävention des Sprechens und der Sprache ist.

These:

Sprach- und Sprechstörungen können von Eltern recht gut akzeptiert werden als Anlass für eine Intervention oder Maßnahme (Therapie/Beratung), die die Familie mit einbezieht. Vorausgesetzt ist, dass das Vorgehen professionell ist.

Die Voraussetzung für eine Veränderungswirkung liegt in einem regionalen Raum akzeptierten Präventionskonzept.

Einzelbefunde: Daten über sprachgestörte Kinder in Berlin:

Die Einschulungsuntersuchungen, zusammengefasst von der Senatsverwaltung für Gesundheit in der Zeit von 1969 bis 1990, (solange lagen uns offizielle Daten des Senates von Berlin vor), dass sich der Anteil an sprachgestörten Jungen von ca. 6 % auf ca. 15 % entwickelt hat, bei Mädchen gibt es knapp eine Verdreifachung von Sprachstörungen auf etwa 11%.

Prävention in der Verhinderung von Sprachstörungen muss zwangsläufig vor Schulbeginn erfolgen. 78 % der von uns untersuchten Kinder werden uns vor dem 6. Lebensjahr vorgestellt, knapp 70 % vor dem 5. Lebensjahr und 55 % vor dem 4. Lebensjahr.

Unser Zahlenmaterial über „Empfehlungen/Zuweisungen“ der verschiedenen Institutionen bestätigen einen guten Vernetzungsrahmen. Die sogenannten „Selbstmelder“ nehmen mit 27 % zwar den höchsten Anteil ein, dies belegt aber einen guten Bekanntheitsgrad unserer Beratungsstelle in der Bevölkerung. Nachfragen haben ergeben, dass Eltern sich gegenseitig „Tipps“ über die Anlaufstellen weitergeben. Der zweithöchste Anteil zeigt die Effektivität unserer Arbeit mit Erzieherinnen und Erziehern, da sie offenbar vertrauensvoll weitervermitteln.

Exkurs:

Mehrsprachigkeit:

Wir setzen uns mit dem Problem Mehrsprachigkeit von Kindern intensiv auseinander, weil wir strukturell außerhalb von Berlin-Reinickendorf in diesem Bereich stärker tätig werden müssen.

Im Jahr 1999 zeigt sich, dass von 470 Neuuntersuchungen insgesamt 387 (82 %) dem deutschen Sprachraum entstammt. 7 % sind türkischer Herkunft, bei den restlichen Familien finden wir oft Mehrsprachigkeit/Doppelsprachigkeit in der Familie, zum Teil gekoppelt mit sozialen Problemen oder den Schwierigkeiten einer Familie in der Migration. In der Mithilfe in diesen Problemfeldern sehen wir gerade gegenwärtig eines unserer zukünftigen Aufgabenfelder.

Exkurs:

Medienkonsum von Kindern:

Im Rahmen dieser Darstellung haben wir lediglich erneut auf das Problemfeld Fernsehkonsum/Konsum der verschiedenen Medien durch Kinder hingewiesen, ohne eine Lösung oder Strategie aufzuzeigen. Hier stände eine regionale Sprachberatungsstelle angesichts der gesellschaftlichen Relevanz dieses Themas auf verlorenem Posten. In Einzelberatungen werden diese Probleme selbstverständlich aufgegriffen.

Ausblick:

Wir haben uns bemüht, in diesem Zusammenhang fundierte und zugleich pragmatische konzeptionelle Überlegungen einer Veränderung und Reduzierung von Sprachstörungen bei Kindern zu geben. Einer regionalen Sprachberatungsstelle kommt dabei neben der Einzelfallhilfe und Beratung die Aufgabe der strukturellen Mitgestaltung von Konzepten der Gesundheitsförderung und Prävention zu. Dies gilt besonders in Regionen, wo wir in grösserem Umfang Kinder und deren Familien in schwierigen Lebenslagen finden.

Die (gestörte) Sprache als Aufgabenfeld einer Sprachberatungsstelle hat sich in den meisten Fällen als gemeinsame Arbeitsaufgabe der Institutionen von Kinder- und Jugendförderung und der schulischen Instanzen erwiesen. Eine Sprachberatungsstelle übernimmt oft eine Art „Klammerfunktion“ in dem Zusammenspiel der beteiligten Personen häuslicher und institutioneller Sozialisation.

Gesundheit und damit Förderung von Sprachkompetenzen wird von den Eltern und Familien als wichtiger positiv formulierter Grundbaustein in der Entwicklung ihrer Kinder verstanden und daher wird eine Anlaufstelle im Bereich Sprachentwicklung gerne angenommen.

Das Vorgehen einer Sprachberatungsstelle sollte ressourcenorientiert sein und es sollte eine unkomplizierte Vernetzung mit den Instanzen des Bereichs Jugend und Schule erfolgen.

In Berlin-Reinickendorf haben wir hier ein gutes Stück erreicht.

Celina Burn und Virginia Burton

Sure Start – Erste Erfahrungen mit einem britischen Programm zur Förderung von Kindern und Familien in sozialen Brennpunkten

Virginia Burton

Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut von Familien in Großbritannien

Einleitung

Ich darf vorwegschicken, dass ich in dem Bereich der sozialen Ausgrenzung keine Expertin bin und meine Erfahrung über die nationalen und lokalen Systeme in Deutschland auf die Berichte von Freunden und Verwandten beschränken, hoffe aber dennoch, dass ich Ihnen einen breiten Überblick über die Prioritäten der britischen Regierung und die entsprechenden politischen Handlungskonzepte in diesem Tätigkeitsbereich werde vermitteln können.

Besonders werde ich auf den Koordinierungs- und Steuerungsbedarf durch die nationale Regierung eingehen. Ich werde kurz darlegen, was die Abteilung „Familienpolitik“⁹ leistet, und den breiten Fächer der staatlichen Initiativen erläutern, die den Eltern, Familien und Kindern im Alter von null bis neunzehn Jahren gelten, wozu vor allem auch die Vernetzung der verschiedenen Akteure und die partnerschaftliche Ausrichtung solcher Initiativen gehören. Danach werde ich an meine Kollegin Celia Burn weitergeben, die Ihnen die Entwicklungsgeschichte, die Grundsätze und die praktische Umsetzung des SURE START-Programms im Detail erläutern wird.

Es mag Sie interessieren zu hören, dass weder Celia noch ich die klassische Karriere als Beamtinnen oder Angestellte im öffentlichen Dienst absolvierten. Ich selbst arbeitete 25 Jahre lang als Praktikerin und Managerin in Nichtregierungsorganisationen in London und Südengland, bevor ich meine Tätigkeit für einen nationalen Verband der Kinderbetreuungsdienste aufnahm. Dort traf ich auch Celia, die für eine unserer Mitgliedsorganisationen tätig ist. Nichtregierungsorganisationen in England sind gemeinnützige Dienstleistungsstrukturen, die mit Fachkräften in kleinen Vereins-

strukturen arbeiten und voll und ganz auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen sind.

Zum Home Office kam ich 1994 als Beraterin des gemeinnützigen Wohlfahrtssektors. Dort half ich, nach den Wahlen von 1997 die Abteilung „Familienpolitik“ aufzubauen.

Inzwischen wirke ich an der politischen Arbeit mit und betätige mich als Beraterin für die Abteilung, wobei ich darüber hinaus noch ein spezielles Förderprogramm für ehrenamtliche Wohlfahrtsorganisationen, die Betreuungs- und Bildungsmaßnahmen im Hinblick auf Elternschaft und familiären Zusammenhalt durchführen. Die Abteilung „Familienpolitik“ ist – wie auch Celias im Ministerium für Bildung, Erziehung und Beschäftigung angesiedelte Abteilung „SURE START“ eine Novität.

Der Abteilung „Familienpolitik“ obliegt die Koordinierung aller politischen, regierungsamtlichen Aktivitäten zur Familienförderung in Großbritannien. Ziemlich ungewöhnlich ist ihre Ansiedlung im Home Office¹⁰, also im Innenministerium. Anders als eine Reihe anderer Länder, in Deutschland ist das m. W. der Fall, hat Großbritannien kein eigenes Familienministerium.

Die derzeitige Regierung engagiert sich sehr stark für die Unterstützung von Familien mit Kindern, insbesondere aus mittleren und niedrigen Einkommensgruppen. Das kann sich selbstredend ab dem 07. Juni ändern, je nachdem, wie die Wahlen ausgehen; die Wahlprognosen lassen das aber eher als unwahrscheinlich vermuten. Einige von Ihnen wissen vielleicht, dass der britische Premierminister Tony Blair und sein Schatzmeister Gordon Brown sich verpflichtet haben, Kinderarmut in Großbritannien in den nächsten 20 Jahren vollends abzuschaffen. Erst kürzlich kündigte die Regierung an, die finanzielle Unterstützung und Steuererleichterungen für Familien zu erhöhen; dazu jedoch später. In diesem Bereich machen wir in Großbritannien bedeutsame Fortschritte, aber ich vermute fast, dass wir gegenüber anderen europäischen Ländern noch einen großen Nachholbedarf haben.

Bevor ich mich dem Hauptteil meiner heutigen Rede zuwende, möchte ich kurz erläutern, wie die Britische Regierung schwierige Themen ressortübergreifend angeht. Der erste Schritt besteht in der Regel in der Schaffung neuer, zielgerichteter Förderfonds, die aus mehreren Ressorts alimentiert werden. Sodann werden interdisziplinäre Teams von Mitarbeitern/-innen aus den betroffenen Ministerien und Fachkräften aus den jeweiligen Bereichen der ehrenamtlichen Wohlfahrtsverbände gebildet. Diese interdisziplinären Abteilungen werden mit der Entwicklung umfassender, ganzheitlicher Strategien beauftragt, die an die Akteure vor Ort

⁹ <http://www.homeoffice.gov.uk/cpg/fpu2.htm> (A.d.Ü.)

¹⁰ <http://www.homeoffice.gov.uk> (A.d.Ü.)

weitergereicht und von freiwilligen Privatpersonen und Vereinen in Zusammenarbeit mit den traditionellen Wohlfahrtsstrukturen umgesetzt werden können. In Großbritannien wird zur Zeit großer Wert darauf gelegt, so weit wie möglich an der Basis tätig zu werden und so die größtmögliche Beteiligung und Unterstützung der betroffenen Nachbarschaften zu erzielen. Das SURE START-Programm ist hierfür ein Beispiel.

Aber zusätzlich zu diesen zielgerichteten Förderfonds, ohne die die Bedürftigsten nicht erreicht würden, gilt es auch zu gewährleisten, dass die gängigsten Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen die Familien und Einzelpersonen auch wirklich erreichen. Viele familienpolitische Initiativen, wie beispielsweise bezahlter Mutter- und Vaterschaftsurlaub, kommen zwar allen Familien zugute, sind aber besonders wichtig für Bezieher niedriger Einkommen.

Welche Familien sind „sozial ausgegrenzt“?

Soziale Ausgrenzung ist ein neuer Begriff in der politischen Debatte in Großbritannien. Er schließt Armut ein, ist aber viel weiter gefaßt und stellt vor allem auf multifaktorielle Problemverschränkungen ab, z. B. die mangelnde Bereitschaft, Schulbildung profitabel zu nutzen, schulisches Versagen, Krankheit, Beschäftigungslosigkeit, niedriger Ausbildungsstand, hohe Kriminalitätsraten, bescheidene Wohnsituation und familiäre Zerrüttung.

Aber so eine richtig schöne, klare Definition von sozialer Ausgrenzung gibt es eigentlich nicht. Zum einen, weil ja auch die Definition von Familie offen ist für vielerlei Interpretationen, und zum anderen, weil Einzelmitglieder einer Familie in unterschiedlichem Maße von sozialer Ausgrenzung betroffen sein können. Daher neigen wir in Großbritannien dazu, zu beobachten, inwiefern einzelne Familienmitglieder von sozialer Ausgrenzung betroffen sind und wie sich das auf die anderen Familienmitglieder auswirkt.

Wir sind besonders um die Auswirkungen der sozialen Ausgrenzung bzw. Unterprivilegierung von Eltern auf deren Kinder und das Problem der die Generationen übergreifenden sozialen Ausgrenzung besorgt. Damit meinen wir, dass die Kinder von sozial Ausgegrenzten selbst auch Ausgrenzung erfahren. Es gibt hinreichend Belege dafür, dass Kinder aus armen Verhältnissen häufiger in der Schule versagen und mit großer Wahrscheinlichkeit keine höheren Berufsqualifikationen erreichen. Das beeinträchtigt die Zukunftschancen dieser Kinder

und, später dann, ihrer Kinder, bis dieser unseelige Kreislauf unterbrochen wird.

Wie weit ist das Problem verbreitet?

Aber wie weit ist dieses Problem in Großbritannien verbreitet? Immerhin sind wir ein entwickeltes Land der sogenannten Ersten Welt und nehmen eine Schlüsselfunktion in der Europäischen Union wahr. Ich möchte ein paar statistische Angaben zum Leben der Familien in Großbritannien vorlesen, damit Sie sich ein Bild machen können.

Wichtige statistische Daten zum demographischen Wandel in der Familie:

- Ein Drittel aller Ehen wird geschieden. Fast ein Viertel aller Kinder erleben die Scheidung ihrer Eltern vor Vollendung des 16. Lebensjahres.
- Die Eltern von mehr als einem Drittel aller Neugeborenen sind unverheiratet.
- Fast drei Millionen, also ein Fünftel aller Kinder leben mit alleinerziehenden Eltern teilen.
- Die wachsende Mehrheit aller Mütter befindet sich in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis.
- Zwanzig Prozent aller Männer arbeiten mehr als 50 Stunden pro Woche, wobei sie mehrheitlich Väter von minderjährigen Kindern sind.
- Soziale Ausgrenzung – ein wachsendes Problem
- Der Anteil der in armen Haushalten lebenden Kinder stieg seit den 70er Jahren von 10 auf annähernd 33%.
- Der dauerhafte Schulausschluß betraf im Schuljahr 1991/1992 zirka 4.000, 1997 schon 12.000 Schülerinnen und Schüler.
- Der Drogenmißbrauch verfünffachte sich unter den 12- bis 13-Jährigen und veracht-fachte sich unter den 14- bis 15-Jährigen seit 1987.
- Die Anzahl Jugendlicher, die Opfer krimineller Übergriffe wurden, stieg zwischen dem Anfang der 80er und der Mitte der 90er Jahre um 75%.
- Kinder und Jugendliche leiden zunehmend unter psychischen Problemen, die von Streß und leichter Depression bis hin zu massiven Depressionen reichen (3% aller schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen leiden unter schweren depressiven Störungen).

Kinder ethnischer Minderheiten findet man geballt in Quartieren mit starken Deprivationserscheinungen, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihr Leben in Armut fristen müssen ist relativ hoch. Drei Viertel der Kinder von Paki-

stani und Bangladeschi leben in ärmlichen Haushalten und überfüllten Wohnungen (verglichen mit einem Drittel aller Kinder zusammengefasst). Und die Forschung zeigt, dass einige dieser Gemeinschaften die kinderreichsten Familien aufweisen, Schwierigkeiten beim Zugang zu Dienstleistungen haben und viel häufiger unter gesundheitlichen Problemen zu leiden haben.

Familien bei der Eingliederung in die Beschäftigung helfen

Unterstützung der Familien bedeutet, ihnen Hilfestellung auf dem Weg aus der Armut zu bieten. Aus der Wohlfahrt in die Beschäftigung heißt, den Menschen aus ihrer Lage als Empfänger von Lohnersatzleistungen in reguläre Arbeitsverhältnisse zu helfen, den Teufelskreis von Abhängigkeit und geringer Selbstachtung zu durchbrechen und ihren Kindern bessere Chancen zu eröffnen. Zwei Sonderprogramme helfen jenen, die man traditionell bisher von Lohnersatzleistungen hat leben lassen: alleinerziehende Elternteile und die Partner der Arbeitslosen:

Forschungsergebnisse zeigen, dass neun von zehn Alleinerziehenden arbeiten wollen. Der New Deal ¹¹ für alleinerziehende Elternteile hilft eben diesen mit Einkommensstützen, die spezifischen Hindernisse auf ihrem Weg in die Beschäftigung zu überwinden. Alleinerziehende werden von besonders geschulten Arbeitsvermittlern betreut, die ihnen bei der Jobsuche, der beruflichen Weiterbildung, der Kinderbetreuung und der Beantragung von zusätzlicher Personalförderung bei bestehendem Arbeitsverhältnis helfen. Bis Ende Dezember 2000 entschieden sich 203.000 Alleinerziehende, an diesem Programm teilzunehmen, von denen 81.000 eine Arbeitsstelle fanden und 22.000 sich zur einer Umschulungsmaßnahme entschlossen.

Der New Deal für Partner wendet sich an arbeitssuchende Partner von Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld / -hilfe und bietet eine ähnliche Unterstützung wie das Förderprogramm für Alleinerziehende. Es bietet maßgeschneiderte Beratungsdienste einschließlich Umschulungsmaßnahmen und Weiterbildung, damit diese Arbeitssuchenden ihre Chancen am Arbeitsmarkt spürbar verbessern können. Vor diesem New Deal wurden die Partner von Arbeitslosen mit dem Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wie wirtschaftlich von ihren arbeitslosen Partnern Abhängige behandelt und hatten kein Recht auf Beratung, Unterstützung oder Anleitung durch die staatliche Arbeitsvermittlung.

Finanzielle Unterstützung

Die derzeitige Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Kinderarmut bis 2010 signifikant zu verringern und bis 2020 gänzlich abzuschaffen. Seit 1997 führte sie daher eine Reihe von ständig verbesserten Förderprogrammen für Familien ein, dank derer bisher schon über 1,2 Millionen Kinder aus der Armut herausgeholfen werden konnte.

Die wichtigsten Maßnahmen umfassen:

Steuererleichterung für Familien Beschäftigter zur Gewährleistung eines Mindestlohns: Berechtig sind beschäftigte Elternteile mit einer Arbeitszeit von mindestens 16 Wochenstunden, deren Ersparnisse DM 24.000 nicht überschreiten. Ihnen wird ein Mindesteinkommen von DM 642,-, ab Oktober DM 675,- garantiert. Zur Zeit erhalten über 1,1 Millionen Familien diese Steuererleichterung.

Steuererleichterung bei Kinderbetreuung: Berechtig sind Familien, die o. g. Steuererleichterung für Arbeiterfamilien zur Gewährleistung eines Mindestlohns in Anspruch zu nehmen. Diese Steuererleichterung bei Kinderbetreuung bezuschußt bis zu 70% der Kinderbetreuungskosten, höchstens jedoch DM 405,- pro Woche für ein Kind und DM 600,- pro Woche für zwei und mehr Kinder. Mehr als 120.000 nehmen diesen Zuschuß zur Zeit in Anspruch.

Das Kindergeld wurde zweimal und deutlich über der Inflationsrate erhöht. Das Kindergeld wird in der Regel in Form eines Berechtigungsscheins an die Mutter gezahlt, den diese dann im Postamt einlösen kann. Kindergeld wird einkommensunabhängig allen Familien gezahlt. Es beträgt DM 47 pro Woche für das erste Kind und DM 32 pro Woche für jedes weitere Kind.

Im April wurde ein neuer Kinderzuschuß für alle Familien Beschäftigter mit Kindern unter sechzehn Jahren eingeführt, der bis zu DM 1.560,- pro Jahr betragen kann und für den fünf Millionen Familien infrage kommen, da die Anzahl der Berechtigten weit größer, ist als für die o. g. Steuererleichterung für Familien Beschäftigter zur Gewährleistung eines Mindestlohns. Hier gibt es Einkommensgrenzen: alleinerziehende Elternteile mit einem derzeitigen Einkommen über DM 123.000, im nächsten Jahr DM 150.000,- bekommen keinerlei Zuschüsse. Familien mit Beschäftigten zahlen einen verminderten Einkommensteuersatz. Zur Aufklärung der Familien über all diese Möglichkeiten wurde ausführlich mit Anzeigenkampagnen im Fernsehen und den Printmedien darüber berichtet.

¹¹ **New Deal** (<http://www.new-deal.gov.uk>): Breit angelegte Beschäftigungsinitiative der Britischen Regierung mit Sonderförderprogrammen gegen Jugendarbeitslosigkeit (18-24 J.), zur Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsmarkt, für die Arbeitsvermittlung alleinerziehender Elternteile sowie für eine bessere Vernetzung von gewerblicher Wirtschaft und staatlicher Arbeitsvermittlung. (A.d.Ü.)

Unterstützung der Eltern

Hinsichtlich der Familienbetreuung rund um die Geburt eines Kindes hinkt Großbritannien noch hinter anderen europäischen Ländern hinterher. Man sorgte sich immer mehr, dass junge Mütter schon kurz nach der Geburt ihres Kindes wieder arbeiten gingen, weil seinerzeit das Mutterschaftsgeld zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards einfach nicht ausreichte.

Erst kürzlich kündigte die Regierung die Erhöhung des Mutterschaftsgeldes an und führte erstmalig auch zwei bezahlte Vaterschaftswochen ein. Das Mutterschaftsgeld beträgt heute DM 180 pro Woche, es wird in 2002 auf DM 225,- und in 2003 auf DM 300 pro Woche steigen, wobei der Zeitraum des Anspruchs auch von 18 auf 26 Wochen verlängert wird. Auch werden ab 2003 DM 300,- pro Woche an Vaterschaftsgeld gezahlt.

Viele der Faktoren, die Kinder und Jugendliche schützen sollen, bestehen in der Hilfe und Unterstützung für ihre Eltern und Familien. Die Regierung wünscht, dass sich in Zukunft die gesamte Einstellung zur Elternschaft ändert, so dass Eltern die Nachfrage nach Hilfestellung und Unterstützung als positiven Schritt betrachten, der von verantwortungsbewußten Eltern zum Wohle ihrer Familie gegangen wird, und nicht länger als ein Zeichen der Schwäche und des Scheiterns in der Gesellschaft.

Das spezielle Förderprogramm für ehrenamtliche Wohlfahrtsorganisationen, die Betreuungs- und Bildungsmaßnahmen im Hinblick auf Elternschaft und familiären Zusammenhalt erbringen, den Family Support Grant¹², den ich manage, wurde 1998 eingeführt. Er stellt mittlerweile 18 Millionen DM jährlich für die Schaffung und Verbesserung von Dienst- und Betreuungsleistungen für Eltern mit Kleinkindern zur Verfügung. Über 60 Einzelprojekte wurden bisher aus diesem Fonds alimentiert.

Einer der von uns finanzierten Schlüsselakteure ist das National Family and Parenting Institute. Es sensibilisiert für Fragen der Elternschaft in Anzeigenkampagnen, arbeitet an der ständigen Verbesserung des Angebots und der Qualität von Dienstleistungen für junge Eltern und bietet der Regierung und anderen Stellen Information und Beratung zu Fragen der Familienpolitik. Im Oktober vergangenen Jahres organisierte es die sehr erfolgreiche „Woche der Eltern“.

Wir finanzieren darüber hinaus auch die Parentline Plus, eine kostenfreie Hotline für Eltern. Dieses Nottelphon für junge Eltern hat in diesem Jahr eine Kapazität von 100.000 Anrufen, die wir bis April 2002 auf 500.000 ausweiten wollen. Die Hotline ist rund um die Uhr besetzt. Nachgeordnet wird hier von Elterngruppen Hilfestellung geboten und Eltern in Not können

spezielle Seminare besuchen. Außerdem bietet diese Hotline in der Trägerschaft einiger Kommunen auch eine spezielle, familientherapeutische Fachbetreuung per Telefon sowie die persönliche, individuelle Betreuung im Rahmen kommunaler und quartiersnaher Familienpolitik.

Kindheits- und Schuljahre

Die Kindheit sollte freudvoll sein, voller Spaß und Herausforderung. Sie ist von allergrößter Bedeutung – den die Kinder wachsen schnell heran: körperlich, intellektuell, seelisch und sozial. In diesen frühen Jahren müssen wir die Chancengleichheit für alle Kinder herstellen, so dass alle auf solider Grundlage heranwachsen und in den späteren Lernprozessen dieselben Chancen haben.

Die Regierung hat hierzu eine Reihe von Schlüsselinitiativen durchgeführt:

Mit SURE START wurde ein Förderprogramm aufgelegt, das ab 2003/2004 insgesamt 1,5 Milliarden DM für die Betreuungsarbeit in den am meisten von Armut und Deprivation betroffenen Quartieren Großbritanniens vorsieht. Als Vorbild diente das amerikanische Förderprogramm „Headstart“¹³. SURE START bietet einen ganzen Fächer von Betreuungsleitungen für Familien mit Kindern unter fünf Jahren.

Seit September 1998 gibt es auf Wunsch der Eltern freie Kindergartenplätze für alle Kinder ab vier Jahren. Ab September 2004 gilt das auch für alle Kinder ab drei Jahren.

Seit Mai 1998 wurden dank der National Childcare Strategy¹⁴ über 290.000 neue Kinderbetreuungsplätze mit einem Betreuungsangebot für über 525.000 Kinder geschaffen. Berücksichtigt man Zu- und Abgänge, so sind das mehr als 175.000 Stellen zusätzlich zum schon bestehenden Angebot. Bis 2004 wird die Regierung 1,6 Millionen neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen haben. Zusammen mit dem Steuererleichterungsprogramm für Familien Beschäftigter zur Gewährleistung eines Mindestlohns bedeutet das ein gutes und zuverlässiges Betreuungsangebot für immer mehr Familien.

Von Risiken bedrohte Jugendliche

Eine steigende Anzahl von Programmen zielt auf benachteiligte, besonders gefährdete Kinder ab.

Zur Zeit wird gerade ein innovatives 30-Millionen-£-Programm für Familien mit Kindern zwischen vier und siebzehn Jahren aufgelegt, mit dem die Jugendkriminalität in sozialen

¹² <http://www.homeoffice.gov.uk/cpd/fmpu/support-grant.htm> = Zuschuß zur Unterstützung von Familien (A.d.Ü.)

¹³ <http://www.nhs.org> (A.d.Ü.)

¹⁴ <http://www.dfe.s.gov.uk/childcare> = Nationale Strategie für Kinderbetreuung. (A.d.Ü.)

Brennpunkten gesenkt werden soll. Es wird von lokalen Partnerschaften mit Experten/-Innen unterschiedlichster Fachrichtungen vor Ort umgesetzt und umfaßt u. a. Unterstützung in den Haushalten selbst, Elternschulungen und Familientherapie. 24 Einzelprojekte in England und Wales werden zur Zeit intensiv untersucht.

Der Childrens' Fund ist mit 1,215 Milliarden DM auf die nächsten drei Jahre angelegt und soll jungen, besonders gefährdeten Kindern und Jugendlichen zwischen fünf und zwölf Jahren helfen, nicht in die Armut und Benachteiligung abzugleiten.

Der Fonds wird im wesentlichen zwei Hauptaktivitäten finanzieren: Der Löwenanteil von 1,14 Milliarden DM dient sozialen Präventionsstrategien in Zusammenarbeit mit Partnerschaften vor Ort, an denen auch freie, ehrenamtliche Wohlfahrtsvereine und Quartiersinitiativen als gleichberechtigte Partner der staatlichen Sozialdienste beteiligt sind. Mit dem Rest in Höhe von 210 Millionen DM werden freie Netzwerke der Kinder- und Jugendarbeit finanziert, die an Lösungsstrategien gegen Kinderarmut arbeiten.

Die neue Abteilung „Kinder und Jugendliche“ (Childrens and Young People Unit) trägt die Gesamtverantwortung für alle Kinder von der Geburt bis zum Alter von neunzehn Jahren; sie verwaltet diese beiden Fonds.

Der neue Connexion Service bietet Beratung, Anleitung und Hilfestellung für Jugendliche im Alter von dreizehn bis neunzehn Jahren. Anders als der Careers Service, den er ablöst, wendet er sich auch an Jugendliche, die nicht länger zur Schule gehen bzw. nicht in Ausbildung und Beschäftigung stehen. Ihnen stehen persönliche Mentoren zur Verfügung und die verfügbaren Ressourcen werden auf sie konzentriert. Hierbei handelt es sich zwar um eine allgemeine Dienstleistung, sie wird aber individuell auf die Bedürfnisse der Jugendlichen in Not maßgeschneidert.

Familien in besonders herausfordernden Notlagen

Nach britischem Gesetz sind „Kinder in Not“ solche, deren Gesundheits- oder allgemeiner Entwicklungszustand sich zu verschlechtern droht, wenn nicht von den Sozialdiensten Hilfe kommt, oder aber behinderte Kinder. Nach den statistischen Zahlen derer zu urteilen, die momentan Hilfe in Anspruch nehmen, gibt es zu jeder Zeit einen Grundstock von 400.000 Kindern, die solchermaßen in Not sind; davon sind 17% in kommunaler Obhut. Zirka 28% von ihnen leben in ihren Familien und brauchen Hilfe wegen „Mißbrauchs und Vernachlässi-

gung“. Auch Behinderungen und ernster Familienstreß führen bei Kindern zur Hilfsbedürftigkeit. Über 18% aller Kinder in Not entstammen ethnischen Minderheiten.

Das Quality Protects-Programm¹⁵ nennt klare Zielsetzungen für die Förderung der besonderen Lebensumstände behinderter Kinder und ihrer Familien und von Kindern, die in kommunaler Obhut sind. Dabei handelt es sich auch um eine der Prioritäten der Children and Young People's Unit, die eine spezielle Arbeitsgruppe zur Beratung Betroffener aber auch der Minister beteiligter Ressorts eingerichtet hat.

Schwangerschaft bei Teenagerinnen

Großbritannien hat die höchste Rate schwangerer Teenager in Westeuropa: sie ist dreimal so hoch wie in Frankreich und sechsmal höher als in den Niederlanden. Eltern im Teenageralter leiden häufig unter Gesundheitsstörungen in der pränatalen Phase, ihre Babies kommen untergewichtig zur Welt, und die Kindersterblichkeit ist in diesen Fällen auch höher. 90% der Eltern im Teenageralter leben von Lohnersatzleistungen, und das im Schnitt auch länger als andere Alleinerziehende. Sie wohnen überdurchschnittlich oft in ärmlichen Wohnverhältnissen in Großwohnsiedlungen, oft weit weg von ihren Familien.

Im vergangenen Jahr verabschiedete die Regierung einen ressortübergreifenden 30-Punkte-Aktionsplan zur Halbierung des Prozentsatzes der Jugendlichen, die unter achtzehn Jahren Kinder bekommen. Mit diesem Aktionsplan sollen auch mehr Eltern im Teenageralter in Beschäftigung gebracht werden, um so das Risiko langanhaltender sozialer Ausgrenzung zu vermindern.

Ein Netzwerk von 141 örtlichen Beratungsstellen für schwangere Teenager wurde eingerichtet, damit auf kommunaler Ebene Strategien zur Verwirklichung dieser Ziele entwickelt und umgesetzt werden können. Zur Verhinderung von Teenagerschwangerschaften wird auch in den Schulen stärker über Sexualität und Partnerschaftsfragen aufgeklärt; mit Hilfe einer nationalen Medienkampagne werden Jugendliche über die Folgen ungeschützten Geschlechtsverkehrs aufgeklärt. Für diese spezielle Zielgruppe bietet das SURE START-Programm in zwanzig Projektgebieten integrierte Hilfsmaßnahmen für Eltern im Teenageralter und deren Kinder an. Sechs dieser Pilotprojekte bieten betreutes Wohnen für 16- und 17-jährige alleinerziehende Mütter, mit denen sie auf ein Leben in Selbständigkeit vorbereitet werden sollen.

¹⁵<http://www.doh.gov.uk/qualityprotects> (A.d.Ü.)

Wiederbelebung des sozialen Miteinanders in den Quartieren

Im Januar dieses Jahres startete die Regierung eine neue Initiative: „Das neue Engagement für die Wiederbelebung des sozialen Miteinanders in den Nachbarschaften“. Das ist die Krönung einer dreijährigen Vorbereitungsarbeit und kennzeichnet den radikalen Methodenwandel im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung. Die erste strategische Phase beginnt im April 2001 und bietet 88 britischen Gemeinden mit besonderem Entwicklungsbedarf den Zugang zu einem Quartiersentwicklungsfonds (Neighbourhood Renewal Fund) von insgesamt 2,7 Milliarden DM. Damit soll die Arbeit integrierter Quartierspartnerschaften gegen Armut und Deprivation insgesamt besser koordiniert und unterstützt werden. So kommen die lokalen Akteure zusammen – Mieterinitiativen, Dienstleister, kommunale Sozialdienste –, um die Deckung der Anwohnerbedürfnisse besser zu koordinieren.

Diese Strategie wird sich nachhaltig positiv auf das Lebensumfeld in den Quartieren auswirken, in denen häufig von Ausgrenzung bedrohte Familien leben.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen Überblick geben, wie wir in Großbritannien gegen die soziale Ausgrenzung von Familien kämpfen. Alle Themen konnte ich in meinem Vortrag bestimmt nicht ansprechen, da viele von Ihnen mit Kindern im frühen Alter arbeiten und ich Celia ausreichend Zeit lassen möchte. Wir werden beide bis zum Ende dieser Konferenz anwesend sein und Ihnen für die Beantwortung Ihrer Fragen zur Verfügung stehen. Bitte sprechen Sie uns später an.

Celina Burn

Sure Start – Die Lage für Kinder und Familien ändern!

Einleitung

Ich freue mich außerordentlich, Ihnen heute über SURE START berichten zu können. Dabei handelt es sich um ein Programm, das sich an Familien mit Kleinstkindern im Alter von null bis drei Jahren und an Frauen wendet, die ein Kind erwarten – denn die Grundlagen für Gesundheit und Wohlbefinden werden schon im Mutterleib gelegt.

SURE START wurde 1999 aufgelegt (daher befindet es sich in vieler Hinsicht noch in den Kinderschuhen), nachdem Verantwortliche im Finanzministerium festgestellt hatten, dass die ersten fünf Lebensjahre darüber bestimmen, ob ein Kind seine Potentiale im späteren Leben voll entfalten können. Darüber hinaus befand das Finanzministerium auch, dass es vielerlei Stellen gibt, die allesamt Dienstleistungen in der Kinder- und Familienarbeit erbringen – die allerdings nicht flächendeckend und vor allem unkoordiniert arbeiten.

Heute werde ich darlegen, was die Regierung mit dem SURE START-Programm zu erreichen trachtet, wie das Programm aufgebaut ist und was tatsächlich in den Gemeinden in ganz England geschieht.

Strategie zur Armutsbekämpfung

Zu Beginn möchte ich unterstreichen, was Virginia bereits im Hinblick auf die Absicht der Regierung sagte, Kinderarmut im Vereinigten Königreich zu bekämpfen. Das Vereinigte Königreich ist eines der Länder in Europa, in denen der Prozentsatz der Kinderarmut am höchsten ist, und SURE START hat eine Schlüsselfunktion für die Lösung dieses Problems. Es wendet sich an die Ärmsten der Armen in England und ist in vielen Fällen mit anderen öffentlichen Förderprogrammen vernetzt, so dass die mit Armut verbundenen Probleme in einer konzentrierten Aktion angegangen werden können: Krankheit, Beschäftigungslosigkeit, hohe Kriminalitätsraten, Isolierung und soziale Ausgrenzung. Durch die Arbeit mit Familien und Kindern, dadurch, dass man Ihnen zuhört, wenn sie ihre Bedürfnisse äußern, und ihnen die entsprechenden Dienstleistungen auch tatsächlich bietet, hofft man, den Teufelskreis der Deprivation durchbrechen zu können.

In der Vergangenheit gab es hin und wieder vereinzelte Initiativen, die in der Regel von Nichtregierungsorganisationen finanziert wurden, aber die konnten immer nur für einige wenige Familien tätig werden. Vielen dieser Programme gelang es, die Chancen und Leistungen der von ihnen betreuten Familien zu verbessern. Aber es waren einfach zu wenig Programme, als dass sie die wichtigsten Dienstleister im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen hätten beeinflussen können, und es änderte sich nur wenig für die Mehrheit der Kinder in Not und Armut. Das SURE START-Programm soll nun eine viel größere Zahl an Kindern erreichen und die vorgenannten Dienstleister dahingehend beeinflussen, dass klar wird, was getan werden kann und wie Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der betroffenen Familien abgestellt und verbessert werden können.

In der Initialphase werden mit SURE START 260 Einzelprojekte gefördert, weitere 250 werden bis Ende 2004 eingerichtet, so dass es insgesamt über 500 Maßnahmen geben wird. Alle Maßnahmen sind jeweils in Gemeinden mit 700 bis 1.000 Kindern zwischen null und vier Jahren angesiedelt. Die Leistungen des SURE START-Programms sind für alle Familien mit Kleinkindern offen, die in der jeweiligen Gemeinde leben. Die Regierung will so insgesamt 400.000 Kleinst- und Kleinkinder erreichen, ein Drittel aller in England in Armut lebenden Kinder also.

Zielsetzungen und Zielgruppen

Die Regierung legte klare Zielsetzungen und Zielgruppen fest. Alle am SURE START-Programm Beteiligten überprüfen kontinuierlich die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, die sie an die zentrale SURE START-Projektleitung übermitteln, damit die Erfolgskontrolle landesweit erfolgen kann. Die nationale Auswertung wurde erst kürzlich in Angriff genommen, so dass die Ergebnismitteilungen analysiert und die Eltern zur Effizienz des Programms befragt werden können.

Die vier Hauptziele

Die Verbesserung der sozialen und emotionalen Entwicklung, insbesondere durch die Förderung der frühen Bindung zwischen Eltern und Kind und durch Hilfestellung, damit die Familien als solche funktionieren können. (Der Kontakt mit den Familien ermöglicht die Ermittlung und Unterstützung von Kindern mit emotionalen Schwierigkeiten und Verhalten-

sauffälligkeiten. Ein Indikator für die Erreichung dieses Ziels besteht in der angestrebten 20%-igen Reduzierung der den Sozial- und Kinderhilfsdiensten in den jeweiligen Projektgebieten gemeldeten Kindern bis zu drei Jahren.)

Die Verbesserung des Gesundheitszustands von Kleinst- und Kleinkindern bis zu drei Jahren durch die Unterstützung der Eltern bei der Kinderpflege zur Förderung der gesunden, prä- und postnatalen Entwicklung. (Es ist allseits anerkannt, dass das Rauchen der Mutter für die ungeborenen Kinder schädlich ist. Daher wird angestrebt, die Anzahl der während der Schwangerschaft rauchenden Mütter um mindestens 10% zu senken. Weitere Aktivitäten zur Förderung der frühkindlichen Gesundheit bestehen in der Information und Beratung betroffener Eltern in den Projektgebieten sowie der Anleitung zum richtigen Stillen, zur Hygiene und Sicherheit im Haushalt der Familie.)

Ein weiterer Programmschwerpunkt ist die intellektuelle Entwicklung der Kinder. Im Programm werden Aktivitäten und Dienstleistungen angeboten, mit denen das frühkindliche Lernen stimuliert und gefördert werden soll, und zwar insbesondere durch ein qualitativ hochwertiges Umfeld und eine entsprechende Betreuung, die frühes Lernen fördern, stimulierende und freudvolle Spielerfahrungen ermöglichen, die aktive Sprachkompetenz verbessern und es zugleich ermöglichen, schon sehr früh Kinder mit besonderem Förderbedarf zu erkennen und entsprechend zu fördern.

Das vierte Hauptziel, schließlich, besteht in der Stärkung der Familien und Nachbarschaften. Diese Zielsetzung basiert auf der Erkenntnis, dass Kinder ihren wichtigsten Rückhalt in der Familie und ihrer Nachbarschaft haben. In den einzelnen Projekten wird mit den Eltern gearbeitet, damit diese ihr Selbstvertrauen und ihre Fähigkeit entwickeln können, beschäftigungsfördernde Fortbildungsmaßnahmen zu besuchen und sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren – denn das ist die effektivste Methode, Armut zu reduzieren. (Angestrebt wird, die Zahl der Haushalte mit unter dreijährigen Kindern zu reduzieren, in denen die Eltern arbeitslos sind.)

Diese Ziele bedeuten eine große Herausforderung, die nicht über Nacht verwirklicht werden kann. Die einzelnen Projekte sind über einen Zeitraum von zehn Jahren und mehr angelegt. Aber wie Sie wissen, beginnt die Schulpflicht in England mit fünf Jahren, d. h., dass die Lehrer in den Schulen der SURE START-Gebiete in spätestens fünf Jahren die Veränderungen des Gesundheitszustands und der Fähigkeiten ihrer Schulkinder bemerken können müssten.

Wie sieht nun so ein SURE START-Programm aus? Alle Einzelprojekte sind so angelegt, dass sie einen Kern an Dienstleistungen bieten, die auf klaren Prinzipien für die alltägliche Arbeit basieren. Diese möchte ich Ihnen nun darlegen und zugleich Beispiele für die von den SURE START-Projekten entwickelten Ansätze nennen.

Hauptgrundsätze

SURE START-Projekte sollen die in den Nachbarschaften schon vorhandenen Dienstleistungen koordinieren, bündeln und deren Wertschöpfung optimieren. Sie sollen keine vorhandenen Dienstleistungen ersetzen, sondern gewährleisten, dass deren Effizienz durch Bündelung und Zusammenarbeit gesteigert wird. Vor jeder Planung werden erst einmal die Eltern gefragt, was sie ihrer Meinung nach brauchen. Es wird untersucht, welche Dienstleistungen vor Ort bereits erbracht werden, Versorgungsdefizite werden eruiert. SURE START-Projekte arbeiten dann mit allen Dienstleistern und den Eltern zusammen, so dass diese Versorgungsdefizite mit neuen Aktivitäten und Dienstleistungen aufgeholt werden.

Eltern, Großeltern und andere Betreuer arbeiten sowohl an der Planung der Projekte als auch an deren Umsetzung mit. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen werden dabei erkannt und anerkannt, so dass sie sich ermutigt fühlen, in der ihnen angemessenen und genehmen Art und Weise mitzuwirken. Die Projekte brauchen die Mitarbeit der Eltern und der Nachbarschaft, damit gewährleistet werden kann, dass die geplanten Maßnahmen auch kulturell angemessen und tatsächlich auf die spezifischen Bedürfnisse der Eltern und / oder Kinder im Projektgebiet abgestellt sind.

SURE START wendet sich an Gebiete und Nachbarschaften – nicht an Einzelpersonen. Die angebotenen Dienstleistungen stehen allen offen. In der Vergangenheit wurden bestimmte Dienstleistungen erst gar nicht in Anspruch genommen, weil die Tatsache, dass man eine solche besondere Hilfe benötige, als soziale Stigmatisierung galt. Dadurch, dass man sich nun auf ganze Quartiere und nicht Einzelpersonen konzentriert, gibt es diese Stigmatisierung nicht mehr, denn die Dienstleistungen werden umfassend allen Betroffenen in der Nachbarschaft zur Verfügung gestellt.

Diese Grundsätze helfen allen, die in irgendeiner Form an SURE START-Projekten mitwirken, sich – unabhängig von ihrem jeweiligen Hintergrund – auf gemeinsame Werte zu verständigen. Sie sollen in den einzelnen Projekten gewährleisten, dass

- bisher im Projektgebiet nicht vorhandene Dienstleistungen angeboten werden,
- vorhandene Dienstleistungen aufgewertet werden,
- Eltern über das bestehende Dienstleistungsangebot umfassend aufgeklärt werden,
- neue Einrichtungen und Dienstleistungszentren entstehen,
- Betreuer vor Ort und neue Betreuer und Freiwillige professionell aus- und weitergebildet werden, und zwar so, dass sie auf die spezifischen Bedürfnisse in ihrem Einsatzgebiet eingehen können, und
- die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den vorhandenen Akteuren vor Ort optimiert werden können.

Viele Mitarbeiter/-Innen aus dem Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, der Kinderbetreuung und Sozialarbeit zur Förderung der Quartiere werden nun in den SURE START-Projekten beschäftigt, weil sie diese Werte bereits teilen und mit Rahmenbedingungen arbeiten wollen, mit denen sie sie auch umsetzen können.

Welche Dienstleistungen werden denn nun in den SURE START-Projekten angeboten?

Die zentralen Dienstleistungen

Die Einzelprojekte vor Ort sind unterschiedlich, je nachdem, was bereits im Projektgebiet existiert und welche Prioritäten die Eltern und Betreuer eruieren und festlegen. Nichtsdestotrotz wird von allen Projekten erwartet, dass sie eine Reihe von zentralen Dienstleistungen anbieten.

Reichweite und Hausbesuche sind Schlüsselemente aller SURE START-Projekte. Die Kontakte mit den Eltern werden so früh wie möglich schon während der Schwangerschaft geknüpft. Die Verbindung mit Schwangerschaftsberatungen und Hebammen wird aufgenommen, um sicherzustellen, dass die betroffenen Eltern während der Schwangerschaft zu Themen wie gesunde Ernährung und Lifestyle, Nikotinentwöhnung, Vorbereitung auf das Stillen und ihre neue Elternrolle insgesamt beraten und unterstützt werden. Außerdem wird ihnen gesagt, welche Dienstleistungen ihnen zur Verfügung stehen, wenn das Baby erst einmal auf der Welt ist.

Alle Eltern mit Neugeborenen bekommen innerhalb von zwei Monaten nach der Geburt Besuch von einem Mitglied des SURE START-Teams. Das dient der Kontaktaufnahme und bietet die Möglichkeit, über die Dienstleistungen zu sprechen, die die Familie eventuell braucht oder nutzen möchte. Die Besucher stre-

ben eine positive und freundliche Beziehung zu den Eltern an, indem sie klarstellen, dass SURE START für alle da ist.

Da sich die Lebensumstände von Familien sehr schnell ändern können, ist ein zweiter Besuch vorgesehen: wenn das Kleinkind zwischen 18 und 24 Monate alt ist. Bis dahin haben sich unter Umständen auch die Bedürfnisse der jungen Familie gewandelt, und daher ist es für die SURE-START-Projekte wichtig zu erkennen, wie sie ihre angebotenen Dienstleistungen modifizieren und weiterentwickeln müssen.

Die Unterstützung der Eltern und Familien kann vielfältige Formen annehmen, und die lokalen Projekte beweisen eine hohe Kreativität, wenn es darum geht, die Bedürfnisse von Eltern und Kind zu befriedigen. Da gibt es die spezielle Familienbetreuung, wo eigens ausgebildete freiwillige Helfer/-Innen durch ihre Präsenz praktische Hilfe, Freundschaft und mehr Sicherheit bieten. Oder es wird den Eltern die Gelegenheit zu gemeinsamen Zusammenkünften, zu Fitneßtraining oder anderen sportlichen Aktivitäten geboten, während ihre Kinder in der Krippe beaufsichtigt werden. Einige SURE START-Projekte bieten Schwimmstunden in ihren Freizeiteinrichtungen. Viele Teams richteten eigens spezielle Zentren ein oder her, in denen ein breiter Fächer familienzentrierter Dienstleistungen unter einem Dach geboten werden. Dazu können gehören: Arzt- und Chirurgiepraxen, Beratung des örtlichen Sozialdienstes, Büchereien – und in einigen Fällen sogar Schwimmbäder für Säuglingsschwimmen. Auch bieten diese Teams flexible Säuglings- und Kleinkindbetreuung an, damit die Eltern an Fortbildungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen teilnehmen können. Indem hohe Erwartungen für die Entwicklung der Kinder aufgebaut werden, ermutigt man auch die Eltern zu mehr Ehrgeiz für sich selbst. Hier und da benötigen Eltern auch Hilfe in Form von Alphabetisierungs- und Rechenkursen, damit sie überhaupt in die Lage versetzt werden können, an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Eingliederung teilzunehmen. Auch hier helfen die SURE START-Teams.

Einige Familien benötigen sonderpädagogische Unterstützung aufgrund von Lern- oder anderen Behinderungen. Um zu gewährleisten, dass ihnen das SURE START-Dienstleistungsangebot in vollem Umfang offensteht, brauchen sie unter Umständen auch Hilfe für den Zugang zu geeigneter professioneller Hilfe. SURE START will Kindern und Familien so helfen, dass nicht aus geringfügigen Schwierigkeiten eines Tages große Probleme erwachsen.

In erster Linie sind es die Eltern, die ihre Kinder erziehen, und SURE START-Projekte müssen sie in dieser schwierigen Rolle in jeder er-

denklichen Form unterstützen. Kinder beginnen mit dem Lernen am Tag ihrer Geburt (wenn nicht schon früher), und Forschungsergebnisse zeigen, dass anspruchsvolles Spielen und Lernen zusammen mit den Eltern die frühkindliche Entwicklung ganz erheblich beeinflussen; das gilt besonders für Kinder, die in Armut groß werden. SURE START-Projekte tragen dem auf mannigfaltige Art Rechnung. Da gibt es beispielsweise die Ausleihe von Spielzeug, so dass Eltern auch qualitativ wertvolles, aber oft auch teures Spielzeug für ihre Kinder bekommen, die damit spielend und Spaßvoll im Familienkreis lernen können. Ein anderes Projekt bietet Babybücher und ermutigt die Eltern, ihren Kindern vorzulesen oder in Reimen vorzusingen. All diese Aktivitäten finden entweder im SURE START-Zentrum oder in den Familien selbst statt. In einigen ländlichen Gebieten gibt es Spielbusse, mit denen die Ausleihe von Spielzeug und die oben beschriebenen Aktivitäten auch an Familien und Kinder in entlegenen, isoliert liegenden Gebieten gebracht werden. Alle SURE START-Projekte bieten irgendeine Form von Kinderbetreuung auf hohem Qualitätsniveau, ein stimulierendes und kreatives Lernumfeld also für Neugeborene und Kleinkinder.

Und schließlich stellen alle SURE START-Projekte sicher, dass Eltern und Kinder einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und Gesundheitsaufklärung bekommen. Sie bieten Unterstützung in direktem Zusammenhang mit der Geburt des Kindes und achten auf andere gesundheitliche Bedürfnisse, z. B. richtige Ernährung, Betreuung bei postnatalen Depressionen usw. Außerdem kümmern sie sich auch um Bedürfnisse, die sich aus Umweltfaktoren wie z. B. der Wohnsituation oder den Anforderungen an die Sicherheit im eigenen Heim und den Brandschutz ergeben.

Ich fühle mich jetzt so, als hätte ich den Enthusiasmus und all die Energie, die das SURE START-Programm freisetzt, gar nicht angemessen beschrieben. Sozialarbeiter/-innen vor Ort machen die Erfahrung einer völlig neuen Zusammenarbeit mit Kollegen/-innen. Das führt zuweilen zu Spannungen, ist insgesamt gesehen aber produktiv und kreativ. Eltern und Betreuungspersonal erfahren letztendlich, dass man ihnen zuhört und ihre Bedürfnisse tatsächlich berücksichtigt.

Langfristige Ergebnisse

Zusammenfassend wird beim Besuch der einzelnen SURE START-Projekte klar, dass sich für das Leben von Eltern und Kindern einiges tatsächlich geändert hat. Aber nur die langfristigen Ergebnisse und Auswirkungen auf die Familien und Nachbarschaften werden erweisen, ob die getätigten Investitionen tatsächlich den gewünschten Effekt zeitigen werden.

Das wird sich darin zeigen, dass

- weniger Kinder in Armut leben,
- sich der Bedarf an Sonderbetreuung in bestimmten Problemfällen verringert, weil letztere frühzeitig erkannt und versorgt werden, bevor sie sich zu großen Problemen auswachsen,
- Dienstleistungen von zentraler Bedeutung angemessen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse einzelner und der örtlichen Gegebenheiten erbracht werden,
- Ressourcen umverteilt werden, und zwar zugunsten der Bereitstellung allgemeiner und umfassender, qualitativ hochwertiger Betreuungsdienstleistungen, da der Bedarf an professioneller Sonderbetreuung nachlassen wird.

Ich hoffe, dass es in einigen Jahren möglich sein wird, hierher zurückzukehren und über den Erfolg in den SURE START-Projektgebieten zu berichten.

Tagungsprogramm

Werkstatt „Kindertagesstätten und Grundschulen in sozialen Brennpunkten“
15./16. 5. 2001 in Kassel

Dienstag, 15. 5. 2001

- 13.00 Uhr **Begrüßung**
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin
Dr. Wolfgang Mack, DJI, München
- 13.15 Uhr **Kindertagesstätten als „Orte für Kinder“**
Kornelia Schneider, DJI, München
13. 45 Uhr **Schule im Brennpunkt –
Was können Schulen beitragen gegen soziale Segregation?**
Andreas Schulz, FU Berlin
- 14.15 Uhr Pause
- 14.30 Uhr **Gesundheits- und Sprachförderung für Kinder in schwierigen Lebenslagen**
Heino Mönnich, Berlin
- 15.00 Uhr Diskussion
15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr Erfahrungen und Perspektiven: Arbeitsgruppen
1. Kindertagesstätten als Orte für Kinder und Eltern
Moderation: Andreas Hemme, Stiftung SPI, Berlin
Fragen und Themen:
 - Interkulturelle Erziehung in Kindertagesstätten
 - Bilingualität
 - Öffnungszeiten und Kosten
 - Einbeziehung der Eltern
 - Angebote für Eltern
 - Stadtteilbezug
 - Kita als Teil der Jugendhilfe
 - Kindertagesstätte und Grundschule
 - Gesundheit und Armut
 - Sprachförderung
- 2. Grundschulen**
Moderation: Dr. Wolfgang Mack, DJI, München
Fragen und Themen:
 - Vernetzung im Stadtteil
 - Kooperation mit Einrichtungen der Kindertagesbetreuung
(Öffnungszeiten, gemeinsame Angebote, Übergang Kita - Schule)
 - Pädagogische Konzepte für die Arbeit mit Kindern in benachteiligten sozialen Lagen
 - Interkulturelle Ansätze: Muttersprachlicher Unterricht und Förderung der Bilingualität
 - Einbeziehung der Eltern (Elterntreff, Beratung etc.)
 - Integrative Ansätze (sonderpädagogische Förderung)
 - Kooperation mit Einrichtungen der Jugendhilfe (Schulsozialarbeit)
- 19.30 Uhr Abendessen
- 20.30 Uhr **Cabuwazi, ein Kinder- und Jugendzirkus in sozialen Brennpunkten**
(Videopräsentation)
Ranulfo Cansino-Arellano und Karl Köckenberger, Berlin

Mittwoch, 16. 5. 2001

- 9.00 Uhr **Sure Start – Erste Erfahrungen mit einem britischen Programm zur Förderung**
von Kindern und Familien in sozialen Brennpunkten;
Celia Burn und Virginia Burton, London
- 10.30 Uhr Pause
- 11.00 Uhr Ergebnisse der AGs
- 11.30 Uhr **Kindertagesstätten und Grundschulen in sozialen Brennpunkten**
Handlungsansätze und Perspektiven
Diskussion:
- Was können Kindertagesstätten und Grundschulen für die Verbesserung
der Lebenssituation in benachteiligten sozialen Räumen beitragen?
 - Welche Bedingungen brauchen Kitas und Schulen in sozialen
Brennpunkten für ihre Arbeit?
 - Was erwarten Kitas von Schulen und Schulen von Kitas?
 - Wie können Kitas und Grundschulen zusammenarbeiten?
- 13.00 Uhr Mittagessen
Ende der Tagung

Referenten/innen

Hartmut Brocke	Stiftung SPI	Müllerstr. 74 13349 Berlin
Andreas Schulz	Institut für Schulpädagogik und Bildungssoziologie FU Berlin	Habelschwerdter Allee 14195 Berlin
Kornelia Schneider	Deutsches Jugendinstitut	Nockherstr. 2 81541 München
Virginia Burton	Home Office Family Policy Unit	Room 453 Horseferry House Dean Ryle Street London SW 1P 2AW
Celina Burn	Home Office Family Policy Unit	Room 453 Horseferry House Dean Ryle Street London SW 1P 2AW
Heino Mönnich	Bezirksamt Reinickendorf Beratungsstelle für Sprachbehinderte	Teichstr. 65 13407 Berlin
Susanne Lang	Deutsches Jugendinstitut	Leipzig
Dr. Wolfgang Mack	Deutsches Jugendinstitut	Nockherstr. 2 81541 München
Andreas Hemme	Stiftung SPI Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin
Dorette Lück	Stiftung SPI Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin
Kirsti Hogan	Stiftung SPI Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin
Dr. Hans-Rudolf Leu	Deutsches Jugendinstitut e.V.	Nockherstr. 2 81541 München

Teilnehmer/innen

Bereich KITA

Andrea Bilfinger	Bezirksamt Reinickendorf Beratungsstelle für Sprachbehinderte	Teichstr. 65 13407 Berlin
Pia Keukert	Elternvertretung	Kiefholzstr. 15 12435 Berlin
Ines Rosenfeld	Waldemarhof e.V.	Waldemarstr. 33 18057 Rostock
Wolfgang Kempf	Waldemarhof e.V.	Waldemarstr. 33 18057 Rostock
Brigitte Gerhold	Pestalozzi-Fröbel-Haus	Karl-Schrader-Str. 7-8 10781 Berlin
Volker Syring	Kindergarten Adelby GmbH	Meisenstr. 15 2439 Flensburg
Petra Lorenz	Kinderhaus Wi-Wa- Wunderland	Eisenbahnstr. 57 15890 Eisenhüttenstadt
Karin Muchajer	KiTa „Spatzenhaus e.V.“ Unsere Welt	Willichstraße 37/38 15232 Frankfurt/Oder
Margit Kunstmann	ASD Flensburg	Marienkirchhof 6 24937 Flensburg
Wiebke Gertz	ASD Flensburg	Marienkirchhof 6 24937 Flensburg
Heike Eckelhöfer	Kita 8	Johann-Strauß-Weg 25 63069 Offenbach
Sabine Faller	Kita 18	Bismarckstr. 137a 63065 Offenbach

Bereich Grundschulen

Hanne Sievert	GS am Wall	Schützenplatz 3 34111Kassel
Paul Gerhard Jud	Französische Schule	Galgenbergstr. 86 72072 Tübingen 070713669711
Petra Rothe	Schule am Karl-Arnold-Ring	Karl-Arnold-Ring 13 21109 Hamburg
Gerhard Heß	Grundschule Mümmelmannsberg	Mümmelmannsberg 54 22115 Hamburg
Frau Hoppe	Regenbogen-Grundschule	Morusstr. 32 – 40 12053 Berlin

Kinder- und Jugendzirkus

Karl Köckenberger	Cabuwazi Kinder- und Jugendzirkus e.V.	Bouchestr. 75 12435 Berlin
-------------------	---	-------------------------------